

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 14. März 1928

Nummer 21

An die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe

Die Lohnverhandlungen haben zu einer Verständigung in freier Vereinbarung nicht geführt. Die Prinzipalvertreter hielten an der Ablehnung jeder Lohnerhöhung fest.

Das tarifliche Zentralschlichtungsamt fällt daraufhin den untenstehenden Schlichterspruch, der den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe in keiner Weise gerecht wird. Dieser Schiedsspruch sieht eine Erhöhung des tariflichen Wochenlohnes in der höchsten Orts- und Altersklasse um 3,50 M. auf die Dauer eines Jahres vor. Daraus würden sich Stundenlöhne von 117 bis herunter zu 65 Pf. für gelernte Buchdrucker ergeben. Für die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen kommen noch weitere erhebliche Abstaffelungen in Betracht.

Berlin, den 10. März 1928

Die Annahme dieses gänzlich ungenügenden Schiedsspruches haben die Organisationsvertreter einmütig abgelehnt.

Angefiacht der völlig unverständlichen Haltung der Vertreter der deutschen Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger, die bei bester, zum Teil glänzender Konjunktur in den letzten drei Jahren große Gewinne erzielt haben und ihre Betriebe beträchtlich erweitern konnten, werden die Organisationsleitungen alles tun, um auch der Arbeiterschaft des Gewerbes einen höheren Anteil am Produktions-ertrag und damit eine bessere Lebenshaltung zu sichern.

Auf dieses Ziel werden in Übereinstimmung mit der gesamten Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes alle weiteren Maßnahmen der Organisationen gerichtet sein.

Die Organisationsvorstände

Schiedsspruch

In der Lohnfreiheit im deutschen Buchdruckgewerbe

zwischen
dem Deutschen Buchdrucker-Verein, einerseits
und
dem Verband der Deutschen Buchdrucker, dem Gutenbergbund, dem Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, andererseits
dem Graphischen Zentralverband hat das auf Grund des § 29 des Deutschen Buchdrucker-tarifs gebildete Zentralschlichtungsamt in der Sitzung vom 9. März 1928, an der teilgenommen haben die Herren

Regierungsrat a. D. Dr. Brahn,
Amtsgerichtsdirektor Dr. Depene,
Gewerbeberater

als unparteiische Vorsitzende

Generaldirektor Dr. Weick,
Dr. Petersmann
Direktor Scheuer

als Arbeitgeber-Beisitzer
Verbandsvorsitzender Josef Eich,
Verbandsvorsitzender Otto Krauß,
Verbandsvorsitzender Paul Thranert
als Arbeitnehmer-Beisitzer

folgenden

Schiedsspruch

gefällt:

1. Der Spitzenlohn wird von 52,50 M. je Woche auf 56 M. je Woche erhöht.
2. Diese Erhöhung gilt vom 1. April 1928 ab.
3. Der Lohnstarif läuft bis zum 31. März 1929 und kann erstmalig am 15. Februar 1929 zu diesem Termin gekündigt werden. Wird er nicht zu dieser Frist gekündigt, so läuft er je drei Monate mit sechswochiger Kündigungsfrist weiter.
4. Die Parteien haben sich gegenseitig bis zum 17. März, mittags 12 Uhr, über die Annahme des Schiedsspruches zu erklären.

gez. Dr. Brahn,
gez. Dr. Depene,
gez. D. Becker.

Zur Situation

Dem von unsern Organisationsvertretern einmütig abgelehnten, nebenstehend abgedruckten Schiedsspruch, der weder von Unternehmer- noch Gehilfen Seite innerhalb des Zentralschlichtungsamtes Zustimmung fand, was offiziell durch die alleinige Unterschrift der unparteiischen Vorsitzenden zum Ausdruck kommt, wurde nach seiner Verkündung kurz vor Mitternacht am 9. März durch Herrn Regierungsrat a. D. Dr. Brahn folgende mündliche Erklärung gegeben:

Die Gewerkschaften haben ihre Erhöhungsanträge nicht mit dem Index oder wesentlichen Leiterungsverhältnissen begründen können, sondern in der Hauptsache mit dem Anspruch, auch an den Vorteilen der Kultur teilzunehmen zu wollen. Ohne Zweifel dient das Buchdruckgewerbe in hohem Maße der Kultur, und deshalb sind die Buchdrucker zu den kultiviertesten Ständen der Arbeiterschaft zu rechnen, aber die Erfüllung ihrer Forderung ist an die Möglichkeiten der Wirtschaft gebunden. Wenn wir auch zu der Überzeugung gekommen sind, daß es ohne Frage wesentliche Teile des Buchdruckgewerbes gibt, denen es im letzten Jahre gut gegangen ist, so gibt es auch andere Teile, die schwierige Jahre hinter sich haben. Wir mühten daher eine Mitte finden, die eine bessere Lebenshaltung ermöglicht, aber auch die Betriebe erhält, denen es in den letzten Jahren nicht so gut gegangen ist. Das führte zu der recht erheblichen Erhöhung, die auch für das Gewerbe tragbar ist und hoffen läßt, daß damit der Friede im Gewerbe erhalten bleibt.

Die materielle Unzulänglichkeit des Schiedsspruches selbst und die Inhaltbarkeit der durch ihn vorgesehenen Dauer seines materiellen Inhalts glauben wir der Kollegenschaft im ganzen Reich nicht noch eingehender erläutern zu müssen. Wir wissen, daß es die Kollegenschaft in allen Gauen mit Freuden begrüßt hätte, wenn die Verhandlungen der Tarifkommission in freier Vereinbarung, ohne Anrufung des Zentralschlichtungsamtes, zu einer den Wünschen der Arbeiterschaft und der Lage des Gewerbes nach Möglichkeit angepaßten Verständigung geführt hätten. Auf dieses Ziel war sowohl die Aufstellung der Forderung wie auch deren Begründung bei den Verhandlungen der Tarifkommission durch unsre Vertreter in der Hauptsache gerichtet. Um so bedauerlicher ist es daher, daß die Unternehmer sich schon von vornherein durch ihren Gegenantrag, der eine Fortführung des jetzigen Lohnstarifs auf ein volles weites Jahr forderte, jede Möglichkeit zu einer

solchen Verständigung versperrt hatten. Da wir den Verkauf der Verhandlungen in seinen einzelnen Phasen in einer besonderen Berichterstattung anschließend in dieser und abschließend in der nächsten Nummer schildern werden, erübrigt sich an dieser Stelle ein näheres Eingehen darauf. Die Tatsache dagegen, daß die Haltung der Prinzipale von vornherein darauf angelegt war, die unbedingt nötig gewordene Neuordnung und Verbesserung der Lohnverhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe der Verantwortung staatlicher Schlichter zu überweisen, verdient zunächst hervorgehoben und unterstrichen zu werden. Denn darin ist eine Flucht vor der eignen Verantwortlichkeit der Unternehmervertreter in unserm Gewerbe zu erblicken, die aufs Schärfste zu verurteilen ist. Die Forderung der Gehilfenschaft kann dafür weder von der materiellen noch von der zeitlichen Begrenzung her als berechtigter Grund angeführt werden. Denn sie war wie bisher kein Ultimatum, sondern eine Verhandlungsgrenze, die nur einigermassen gutem Willen auf Prinzipalseite ein friedlicher Ausgleich möglich gewesen wäre. Daß dies trotzdem nicht erreicht wurde, ist wieder einmal einzig und allein auf verkehrte Spekulationen an leitender Stelle des Deutschen Buchdrucker-Vereins und des Vereins Deutscher Zeitungsverleger zurückzuführen. Diese Spekulation auf die unter dem Druck allgemeiner Wirtschaftsfragen oder -tendenzen stehenden Schlichter, die von vornherein mehr oder weniger an gewisse Entschärfungen innerhalb der letzten Zeit in anderen Industriezweigen gebunden sind, bei denen aber ganz andere Konjunktur- und Abfahrverhältnisse als im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe in Frage kommen, muß als geradezu unverantwortlich bezeichnet werden. Und zweifellos standen die Schlichter bei der Fällung ihres Schiedsspruches auch persönlich unter diesem Eindruck. Das ergibt sich unzweifelhaft aus der durch Herrn Dr. Brahn dem Schiedsspruch mündlich angefügten Begründung. Wohl haben unsre Redner bei den Verhandlungen vor dem Zentralschlichtungsamt die aufgestellte Forderung nicht in besonderer Weise mit Indexzahlen begründet. Denn dazu ist z. B. der Index nicht viel zu wirklichkeitsfremd. Aber auch er ist uns schon längst ein Begriff war, trotzdem das Beweismaterial über die Verteuerung der Lebenshaltungskosten aus dem praktischen Leben der Arbeiterschaft, das alle Redner von Gehilfen Seite zum Vortrag brachten,

In keinem einzigen Falle konnten diese Beweise von Prinzipalseite widerlegt werden. Daß über diese nachgewiesene Verteuerung hinaus dann noch der Anspruch auf eine bessere Lebenshaltung als nur nach dem amtlich ermittelten Lebenshaltungskosten für ein sehr primitives Existenzminimum erhoben wurde, ist selbst von den Prinzipalen mehr als bezeichnend anerkannt worden. Aber der Verwirklichung dieser Anerkennung stand ihr eigener Antrag in geradezu verhängnisvoller Weise im Wege. Sie hatten sich zu sehr festgelegt, und zwar hauptsächlich in einer falschen oder tendenziösen Spekulation durch die Verknüpfung der Lohnfrage mit ihrer einseitigen Preispolitik, die besonders von den Reichs- und Landesbehörden nicht als berechtigt anerkannt wird. Die Taktik der Prinzipale ging dahin, auf dem Wege über die Lohnverhandlungen sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen; sie wollten neben der Niedrighaltung der tariflichen Löhne noch eine Erhöhung der Preise durch einen diesbezüglichen Druck auf die staatlichen Schlichter die Wege ebnen. Daß dies angesichts der gesamten wirtschaftspolitischen Verhältnisse nicht möglich ist, in Wirklichkeit sogar nur noch zu einer weiteren Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse im Buchdruckgewerbe führen würde, haben die verantwortlichen Stellen im Deutschen Buchdrucker-Verein leider immer noch nicht erkannt. Infolgedessen stehen wir nun vor der ernststen Tatsache, daß der seit 37 Jahren dem deutschen Buchdruckgewerbe beschiedene Frieden in seinen tiefsten Grundfesten erschüttert ist und die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes dazu gezwungen wird, doch noch zu andern Waffen als zu ihren bisherigen beruflichen Werkzeugen im Dienste der schwarzen Kunst und der menschlichen Kultur zu greifen!

Das war und ist die Lage der Dinge, die allen Vertretern der Gehilfen- und Hilfsarbeiterorganisationen im Buchdruckgewerbe keine andre Möglichkeit mehr übrig ließ, als den materiell wie zeitlich gänzlich unbefriedigenden Schiedspruch abzulehnen. Die Erklärung der Organisationsvorstände an der Spitze dieser Nummer ist die unvermeidliche Folge der Haltung der Prinzipalsvertretung bei den Lohnverhandlungen. Nach der Lage des Gewerbes in den letzten Jahren, in der Gegenwart wie für die nächsten Monate war eine solche Ablehnung der Forderungen der Arbeiterschaft unberechtigt; auch der Schiedspruch entspricht in keiner Weise berechtigten Erwartungen der Arbeiterschaft. Es ist den Prinzipalsvertretern in den Verhandlungen der Tarifkommission wie vor dem Zentralprüfungsamt angeht, ihres Verhaltens von unsern Vertretern mehrfach deutlich vor Augen geführt worden, welche Verantwortung sie auf sich laden, wenn sie glauben, die anerkannte Friedensliebe der vorbildlich und stark organisierten Buchdruckerarbeiterschaft in solcher Weise aufs Spiel zu setzen. Dies wurde trotzdem nicht beachtet. Unsere Organisationsvertreter sind sich daher bewußt, daß die gesamte deutsche Kollegenchaft vom Bodensee bis zum Belt, von Aachen bis nach Tiflis wie ein einzig Volk von Brüdern hinter ihnen steht und es begrüßt, daß ihre Vertreter diesen Schiedspruch abgelehnt haben. Unerschütterliches Vertrauen zu ihren Organisationsführern wird die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes zwar von allen voreiligen und eigenmächtigen Selbsthilfversuchen abhalten, um so geschlossener und kraftvoller sie aber auf dem Posten finden, wenn der Ruf ihrer Organisationsleitungen an sie ergeht, in strenger gewerkschaftlicher Treue und Opferbereitschaft ihren Mann zu stellen. Es soll und wird allen Prinzipalen, die zu gegebener Zeit noch nicht erkannt haben oder nicht erkennen wollen, was für sie auf dem Spiele steht, gezeigt und bewiesen werden, daß Gehilfen und Hilfspersonal des Buchdruckgewerbes nicht nur fleißige und pflichtbewusste Arbeiter im Dienste ihres Berufs, der Wirtschaft und des gesamten deutschen Volkes sind, sondern auch entschlossene Kämpfer für höhere soziale und wirtschaftliche Ziele sein können, wenn sie infolge reaktionären Verhaltens des Unternehmertums ihres Gewerbes dazu gezwungen und herausgefordert werden!

Die Verhandlungen der Tarifkommission

Die nach § 21 des Deutschen Buchdrucker-Tarifs als Organ zum Abschluß von Lohnverträgen für das deutsche Buchdruckgewerbe zuständige Tarifkommission, die von den vertragsschließenden Organisationsgruppen zum Abschluß bevollmächtigt ist, trat am Vormittag des 8. März im Sitzungssaal des Verbandshauses der deutschen Buchdrucker in der Dreibrüderstraße in Berlin zusammen. Beide Tarifparteien waren durch eine stattliche Personenzahl aus dem ganzen Reich vertreten; auf Arbeitgeberseite vier Vertreter unseres Bundesverbandes (einschließlich eines Vertreters der „Korr.“-Redaktion), sämtliche Gauvorsitzer des Verbandes

(außer Saargebiet), Vertreter der Hilfsarbeiterorganisationen und des Guttenbergbundes. Auf Unternehmerseite waren mehrere Vertreter des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdrucker-Vereins, dessen Generaldirektor, ein Sekretär, der neue Hauptgeschäftsführer der „Zeitschrift“, Vertreter der zwölf Kreise des DBV, und mehrere Vertreter des Vereins Deutscher Zeitungsverleger anwesend.

Eingeleitet und geführt wurden die Verhandlungen durch den Vorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Vereins, Herrn Ziefeld. In seiner kurzen Begrüßungsansprache dankte der Verbandsleiter der Leitung des Buchdruckerverbandes für deren Einladung der Prinzipalsvertreter zu den dieswöchentlichen Verhandlungen in das neue Verbandshaus. Die Gehilfenchaft könne stolz darauf sein, ein solches Werk aus eigener Kraft, Opferwilligkeit und Treue zur Organisation geschaffen zu haben. Der Geist der Sachlichkeit, der Liebe zum Beruf und der Objektivität entströme diesem Bau und werde, wie zu hoffen sei, auch dazu beitragen, daß die Verhandlungen im gleichen Sinne geführt und zum Besten des Gewerbes dienen werden.

Nach Feststellung der Geschäftsordnung erhielt als erster Redner ein Vertreter der Gehilfenchaft das Wort zur Begründung ihres Antrages, der eine Erhöhung des tariflichen Wochenlohnes um 10 M. mit einer Geltungsdauer vom 1. April bis 28. September 1928 forderte.

Der Redner verwies zunächst auf den Verlauf und das Resultat der vorjährigen Lohnverhandlungen. Er stellte fest, daß der damalige Schiedspruch bei der Gehilfenchaft u. a. auch deshalb keine Befriedigung ausgeübt habe, weil er in der Lohnfestsetzung geleitet war und in seinem zweiten Teil durch die gleichzeitig eingetretene Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung seinen eigentlichen Zweck einer Abgeltung der im Oktober v. J. fällig gewordenen Mietserhöhung überhaupt nicht erfüllen konnte. Da der Deutsche Buchdrucker-Verein es trotzdem abgelehnt habe, einem zwischenzeitlichen Ausgleich zuzustimmen, sei die Rüchgebung des Lohnvertrages der einzige mögliche Ausweg geblieben, der zu einer befriedigenden Lösung der Lohnfrage führen könnte. Denn wieder einmal habe es sich bewiesen, daß die bei den vorjährigen Lohnverhandlungen auf Prinzipalseite ausgeprophete Erwartung einer Preis-senkung sich nicht nur nicht erfüllt, sondern sich sogar durch eine wesentliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten als Fehlschluß erwiesen habe. Allein die Reichsindexziffer bestätigt zwischen damals und der jüngsten Reichsindexzahl eine Steigerung um 4,5 Proz. Dabei wäre jedoch zu beachten, daß die Reichsindexziffer die tatsächlichen Verhältnisse auf dem Gebiete der Lebenshaltungskosten gar nicht richtig zum Ausdruck bringe, vielmehr immer stärker hinter dem wahren Stand der Dinge zurückbleibe. Am zuverlässigsten seien lediglich die Ergebnisse gewissenhaft geführter Haushaltsbücher. Aus diesen sei zweifellos zu entnehmen, daß gar keine Notwendigkeit bestehe, die Gehilfenchaft zur Forderung höherer Löhne erst noch stark zu machen. Das ergibt sich aus der allwöchentlichen Bilanz in fast jeder Arbeiterhaushaltung ganz von selbst. Der „Korr.“ habe als Organ der Gehilfenchaft daher nur das zum Ausdruck gebracht, was die Arbeiterschaft ihres Gewerbes leidet, fühlt und denkt. Irreführend sei es auch, wenn man auf Unternehmerseite immer nur auf die tariflichen Spitzenlöhne hinweise. Denn in Wirklichkeit erhalten diese nur ein Teil der Gehilfenchaft in den Großstädten, und auch von diesen wieder nur ein Teil; während der größte Teil der Gehilfenchaft mit wesentlich niedrigeren Löhnen bis herab zu 61 Pf. Stundenlohn zu rechnen habe. Mit der Berufung auf den Index müßte endlich Schluss gemacht werden. Es gehe nicht an, die Arbeiterschaft für ihr oneres Leben daran zu fesseln. Won haben diesen starren Maßstab ja auch in der Vorkriegszeit nicht gebraucht. Und in der Zwischenzeit wurde der Index von der Gehilfenchaft niemals als rektos maßgebend anerkannt; weil sich eben das praktische Leben ganz anders abspiele. Die Gehilfenchaft wolle aber ganz genau, wie es im Gewerbe aussieht. Deshalb will sie auch einen Anteil am Aufstieg des Gewerbes haben. Das Risiko, das der Arbeiter in Zeiten rückläufiger Konjunktur durch Arbeitslosigkeit usw. auf sich zu nehmen habe, bleibe dann immer noch bestehen. Auch die Prinzipale müssen einsehen, daß ein Gehilfe, der den tariflichen Spitzenlohn erhält, heute mit ganz andern Abzügen als früher zu rechnen hat. Diese Abzüge vom Lohn durch Steuer, Versicherungs- und Organisationsbeiträge machen heute das Dreifache der Vorkriegszeit aus. Die sogenannte Mengen- und Ertrags-theorie, die in der „Zeitschrift“ verfochten worden ist und zu dem Schluss geführt habe, daß kein Anseh auf einer Veränderung des Lohnes gegeben sei, müsse als falsch bezeichnet werden. Denn heute muß es heißen, hat die große Masse Geld, dann hat's die ganze Welt. Dazu kommt noch, daß ein Buchdrucker ganz andern geistigen und beruflichen Anforderungen gerecht werden muß als viele andere Arbeiter. Trotz aller technischen Fortschritte hat er bei seiner Arbeit immer noch einen hohen Grad beruflicher Selbständigkeit zur Geltung zu bringen, was ihm nur durch unermüdbare Fortbildung außerhalb der alltäglichen Arbeitszeit ermöglicht wird. Eine Gleichstellung des Buchdruckerlohnens mit der übrigen Arbeiterschaft sei daher eine Ungerechtfertigung und verbiete auch die Einberedung der über-tariflichen Entlohnung, die im Reichsdurchschnitt sowieso nur 13,5 Proz. ausmache; was z. B. selbst in großen Landes-teilen noch nicht einmal an den tariflichen Spitzenlohn heranreichte. Die Arbeitsbereitschaft der Buchdrucker ist durchweg eine muntergültige. Wenn eine Arbeit zu einer bestimmten Zeit fertig werden müsse, gibt jeder Gehilfe, wenn die letzten Minuten kommen, seine letzten Kräfte dazu her, ohne daß dabei Faktoren oder sonstige Aufsichtspersonen dahintersehen müssen. Wenn heute und seit

einiger Zeit die Arbeitslosigkeit im Gewerbe gering sei, so kann man darin den zuverlässigsten Beweis erblicken, daß der Geschäftsgang ein ausgeglichener ist. Etwas mehr Energie der Kundenschaft gegenüber und mehr Kollegialität unter den Prinzipalen selbst wäre für sie viel nützlicher als ihre ganze Energie und Einigkeit, wenn es gegen die Gehilfen geht. Die Gehilfenchaft hat keinen Nutzen, wenn die Arbeitslosigkeit groß ist; wir haben dann nur ein größeres Risiko zu tragen, das auch den Unternehmern keinen Vorteil bringt. Es kann der Gehilfenchaft gar nicht gleichgültig sein, wenn die Betriebe nicht flott beschäftigt sind, weshalb die Gehilfen auch einen andern Maßstab anlegen müssen, wenn das Gewerbe floriert wie in den letzten Jahren und voraussichtlich auch noch auf absehbare Zeit mit gutem Geschäftsgang rechnen kann. Nun wird in Unternehmertreuen oft gesagt, die sogenannte Konsolidierung sei noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Wenn die Gehilfenchaft aber darauf warten müßte, bis dieser Zeitpunkt von den Prinzipalen als gegeben betrachtet würde, dann könnte sie wahrscheinlich noch sehr lange warten. Die Erwartungen der Gehilfenchaft bezüglich einer noch längeren Dauer der guten Konjunktur stützen sich auf viele Zeichen in der gesamten Wirtschaft, die für das Buchdruckgewerbe besonders in Frage kommen und dazu berechtigen, zu verlangen, daß ihre berechtigten Lohnforderungen erfüllt werden. Denn neben den verteuerten Kosten der Lebenshaltung bilden die immer höher werdenden Belastungen des Arbeiterhaushalts durch die Mieten der Neubauwohnungen eine immer größere Sorge, insbesondere für die vor der Familiengründung stehende Generation, die in ihren besten Lebensjahren mit Not und Elend der Kriegsjahre und ersten Nachkriegsjahre zu zingen hatte und infolgedessen nicht in der Lage war, zur Gründung eines eigenen Haushalts auch nur einen einzigen Pfennig zurückzulassen. Heute haben sie mit Mieten für sehr bescheidene Neubauwohnungen mit 800, 1000 und noch mehr Mark zu rechnen, von den ebenfalls viel teurer gewordenen Wohnungseinrichtungen gar nicht zu reden. Mit einem Hinweis auf ein Urteil des bekannten Automobilkönigs Ford über die Heiligkeit und den kulturellen Wert des Lohnes für Familienglück auch der Arbeiterschaft und den sozialen Aufstieg aller Völker schloß der Redner seine Ausführungen mit einem Appell an die Prinzipale, der Gehilfenforderung Rechnung zu tragen und bezeichnete diese als einen ersten Ruf nach gerechter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gehilfenchaft des deutschen Buchdruckgewerbes in allen deutschen Gauen.

Hierauf erhielt der Referent des Deutschen Buchdrucker-Vereins das Wort. Er nahm einleitend Bezug auf eine Äußerung des preußischen Handelsministers in seiner Etatsrede im Landtag, wonach die Wirtschaftslage Preußens stark beeinflusst werde durch die Konkurrenz der „öffentlichen Hand“, d. h. der Staats- und Gemeindebetriebe, und daß die gegenwärtigen Lohnkämpfe zwar eine große Gefahr für die gesamte Wirtschaft darstellten, aber dennoch die Hoffnung hegen lassen, daß sowohl Kauf- als Arbeiter wie Unternehmerseite die Führer nicht einseitig, sondern mit dem Blick auf das große Ganze handeln würden. Das müsse auch für unser Gewerbe gelten, indem nicht nur auf die Verhältnisse im eigenen Gewerbe, sondern auf die gesamte Wirtschaft Rücksicht genommen werden müsse. Aus allen Gewerkschaftsblättern wurde in letzter Zeit der Ruf nach dem Kulturlohn laut. Es werde gefordert, daß der Tariflohn nicht nur nach dem Index bemessen wird, sondern nach den gesteigerten Produktionsleistungen und den wesentlich höheren Gewinnen der Unternehmer. Daß höhere Produktionsleistungen zu verzeichnen sind, kann niemand bestreiten. Wie steht es aber mit dem Unternehmergewinn? Ein Bericht der Distinktgesellschaft spreche zwar von einer Stärkung der heimischen Konjunktur, aber die Ergebnisse der Wirtschaft seien trotzdem nicht befriedigend. Die politische Beeinflussung der Wirtschaft und die Konkurrenz der öffentlichen Hand gefährde den Bestand der kapitalistischen Wirtschaft in hohem Maße. Die Produktionsleistung sei nicht das Ausschlaggebende, nur der Ertrag sei maßgebend. Im Reich sei ein stiller Arbeitsmarkt vorhanden, auch sonst liege es im allgemeinen nicht so, wie es wünschenswert wäre. Die Kontingenz liege von Monat zu Monat. Auch die Belastung durch Steuern und sonstige Abgaben sei außerordentlich groß; die Quote der Industriebelastung sei von 15,73 Proz. erst kürzlich auf 19,6 Proz. erhöht worden. Die von dem Vorkreder berechnete Steigerung der Indexzahl sei nicht richtig. Denn durch den vorjährigen Schiedspruch sei z. B. die Mietserhöhung ab 1. April und 1. Oktober 1927 als abgegolten zu beurteilen. Deshalb sei nicht der allgemeine Index in Rechnung zu stellen, sondern nur jener, der nach Abzug der Ausgaben für die Wohnung in Betracht kommt. Und dieser verbleibende Teil habe nur eine Steigerung um 0,88 Proz. erfahren. Auch wenn man anerkenne, daß der Index nicht allein ausschlaggebend sein soll, so sei doch im Verhältnis zur Vorkriegszeit eine wesentliche Steigerung des Reallohnes zu verzeichnen. Die Statistik der Berufsgenossenschaft weise für die Buchdrucker unter Einrechnung der Überstunden ein wünschenswertes Durchschnittseinkommen von 58 M. nach. Nun bleibe noch die Forderung nach einem Anteil an dem Gewinn und Ertrag der Betriebe. Seit den vorjährigen Lohnverhandlungen hat sich jedoch auf dem Gebiete der Auftragserteilung für das Gewerbe sehr viel geändert. Infolge der starken Vorkriegserhöhung für Drucksaften sind große Aufträge aus Deutschland nach der Tschechoslowakei und nach Wien abgewandert, wodurch viele deutsche Buchdruckerleien schwer geschädigt worden sind. Außerdem hat die Reichspost große Einnahmen durch den Wegfall des früheren Prucksaftenverbandes aus Deutschland verloren. Ferner ist die Konkurrenz der

Betriebe der öffentlichen Hand immer stärker geworden; das drückt den Gewinn der freien Betriebe außerordentlich. Besondere Schwierigkeiten vor Zeiten der Preußischen Druckerei konnten erst vor kurzem nach langen Verhandlungen beseitigt werden. Im allgemeinen ist aber durch solche Erscheinungen die Preishaltung außerordentlich erschwert worden. Trotz der Steigerung des Lohnkontos hat z. B. der Reichsfinanzminister keinen Pfennig Preiserhöhung bewilligt. Durch solche drückende Verhältnisse werden die Gewinne der Buchdruckerbetriebe wesentlich beschränkt. Eine ausführliche Umfrage des Deutschen Buchdrucker-Vereins nach den Erträgen des Jahres 1926 und 1927 hat ergeben, daß infolge der verschärften Konkurrenzverhältnisse zwar der Umsatz gestiegen ist, daß aber der Ertrag demgegenüber viel geringer als früher war. Ob es richtig ist, die Steigerung der sozialen Lasten von 1,3 Milliarden auf über 4 Milliarden als Fortschritt zu bezeichnen, sei dahingestellt; aber auch diese Steigerung belastete die Betriebe noch außerordentlich. Denn diese Beträge müßten doch von den Unternehmern aufgebracht werden. Bezüglich der Neuananschaffung von Maschinen sei zu beachten, daß immer noch sehr viele Maschinen überaltert seien und noch lange nicht so viel neue Maschinen wie im Durchschnitt der Vorkriegszeit angeschafft werden konnten. Dazu komme noch, daß bei der Anschaffung neuer Maschinen 10 bis 12 Proz. Zinsen für Kredite bezahlt werden müssen. Amerikanische Verhältnisse können deshalb nicht in Vergleich gezogen werden, weil dort die Geldfrage eine wesentlich geringere Rolle spielt. Auch ein Vergleich mit den Buchdruckerlöhnen im Ausland rings um Deutschland lasse eine stärkere Belastung des deutschen Buchdruckergewerbes und eine dementsprechend geringere Konkurrenzmöglichkeit erkennen. Das ist nicht richtig ist, die Rationalisierung der Betriebe aus laufenden Einnahmen zu decken, sei zugegeben. Aber dann muß Bankrott in Anspruch genommen werden, und dieser ist sehr teuer. Auch ohne dies gestakten sich aber die Kosten neuer Maschinenanlagen sehr hoch, da mehrjährige Kredite mit hohen Zinsen in Betracht kommen. Zieht man andre Verufe zu Lohnvergleichen heran, dann müssen allein nach der Statistik des DGB acht Verufe, die zu den Saisongewerben zu rechnen sind, wie z. B. das Baugewerbe, ausgenommen werden. Dann sind aber die Buchdruckerarbeiter an dritter oder vierter Stelle. Die Zahl der Arbeitslosen gibt auch keinen einwandfreien Maßstab für die Ertragsfähigkeit des Gewerbes oder der einzelnen Betriebe. Denn die erzielten Preise liegen wesentlich unter dem Druckpreisstarif. Er komme daher zu dem weniger erfreulichen Schluss, daß wenn wir die Indexziffer auszusprechen und eine Beteiligung der Arbeiterkraft am Produktions-ertrag ins Auge fassen, dann steht die Sache so, daß die Prinzipale getan haben, was sie verantworten konnten, daß mit Rücksicht auf die gesamte Wirtschaftslage eine Lohn-erhöhung nicht bewilligt werden kann und die Prinzipale die Fortführung des jetzigen Lohnes bis zum 31. März 1929 beantragen müssen.

Von G e h i l f e n s e i t e wurde darauf durch den nächsten Redner erwidert, daß der Schluss der Rede des Prinzipalsvertreters in starkem Gegensatz zu seinen tatsächlichen Ausführungen stehe und die Gehilfenschaft einen solchen Antrag nicht erwartet hätte. Es sei jedoch anzunehmen, daß mit der prinzipalseitigen Haltung etwas Politik verbunden sei und dennoch eine andre und bessere Lösung möglich sein werde. Gegenüber der Darstellung, daß wohl eine Produktionssteigerung, aber keine Gewinnsteigerung zu verzeichnen sei, müsse doch darauf hingewiesen werden, daß fast alle Betriebe der Mittengewerkschaften im deutschen Buchdruckgewerbe sehr gute Gewinne aufweisen. Aber trägt man diese Gewinne der zur Veröffentlichung ihrer Bilanzen gesetzlich verpflichteten Betriebe auf das Gesamtgewerbe, was nach allgemeinen Wirtschaftserfahrungen unbedingt gegeben kann, dann ist zu konstatieren, daß es unserm Gewerbe in den letzten Jahren sehr gut gegangen ist. An Hand einer langen Reihe Einzelbeispiele erbrachte der Redner unwiderlegliche Beweise dafür, daß die auch von den Unternehmern anerkannte Produktionssteigerung zu ganz erheblichen Gewinnsteigerungen im allgemeinen geführt hat. Daraus erklärt sich auch die ungeheure Anschaffung von Maschinen in den letzten Jahren, die im „Wörtenblatt für den deutschen Buchhandel“ deutlich als eine Frucht in die Sachwerte gekennzeichnet worden ist, die das Maß des Zulässigen weit überschritten habe. Die bedauerliche Tatsache der Uneinigkeit der Prinzipale auf dem Preisgebiet sei ein Kapitel für sich und finde ihr dringlichstes Gegenstück in der Einigkeit der Prinzipale gegen berechnete Forderungen der Gehilfenschaft. Aus Mitteilungen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger stellte er fest, in welchem Umfang sowohl die Bezugspreise und die Anzeigenpreise fast all. r. Zeitungen ohne jedes Mitbestimmungsrecht anderer Kreise außerordentlich erhöht bzw. einfach verdoppelt und verdreifacht wurden. Die Gehilfenschaft könnte, wenn sie diesem Beispiel folgen wollte, für sich die Berechtigung zum gleichen Verfahren beanspruchen und einfach sagen, so und so hoch sind unsere Löhne, ohne den Unternehmern ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Aber die Gehilfenschaft muß davon Abstand nehmen, weil dies ewiger Kampf bedeuten und beiden Seiten nichts nützen würde. Demgegenüber sind die Unternehmer bezüglich ihrer Preisgestaltung in einer wesentlich günstigeren Lage, wenn sie die erforderliche Solidarität und Kollegialität unter sich selbst ebenso anbringen, wie sie dies gegenüber der Arbeiterschaft tun. Demnach haben also die Prinzipale im Buchdruckgewerbe ihre Lohnbewegung schon hinter sich und haben nur noch dafür zu sorgen, daß sie selbst ihre Preise beachten. Es muß ihnen daher auch möglich sein, den Gehilfen entgegenzukommen. Was die Indexzahl anbetrifft, so

wäre zu sagen, daß es zwar eine Zeit gegeben hat, wo die Gehilfenschaft um deren Anerkennung ringen mußte. Das war in den Jahren 1921 bis 1923. Aber damals war eine so große Kluft zwischen Index und Lohn, daß heute noch die Gehilfenschaft an den Entscheidungen jener Zeit schwer zu tragen hat. Damals haben zwar die Prinzipale versprochen, wenn andre Zeiten kommen, die große Kluft wieder ausfüllen zu wollen. Zu jener Zeit standen viele Hunderttausende von Arbeitern mit ihren Löhnen hoch über den Buchdruckern. Heute aber wollen die Prinzipale von den höheren Löhnen anderer Arbeitergruppen als Beispiele nichts mehr hören und stellen trotz ihrer damaligen Versprechungen immer noch Vergleiche mit geringer bezahlten Arbeiterkreisen an. Diese Ungerechtigkeit muß die Arbeiterschaft des Buchdruckergewerbes angesichts ihrer mühevollen beruflichen und tariflichen Faltung wie auch im Hinblick auf die günstige Lage des Gewerbes verbittern. Trotzdem sind die Vertreter der Gehilfenschaft ernstlich gewillt, alles zu tun, was an ihnen liegt, um auf dem Boden der Verständigung zu einem Abschluß zu kommen.

Der nun an die Reihe kommende zweite Redner der Prinzipale erkannte die Forderung eines Lohnes auf höherem kulturellen Niveau als jenem der Indexziffer als voll auf berechtigt an und versicherte, daß auch die Prinzipale sich freuen würden, wenn dies möglich wäre. Aber die Prinzipale, die diese Dinge zu verwalten haben, könnten auch nicht aus ihrer Haut heraus und sähen daher auch die erforderlichen Voraussetzungen für die Erfüllung der an sich berechtigten Forderung der Gehilfen bei weitem nicht als gegeben. Denn alles, was an Lohn gegeben wird, muß zuerst erarbeitet werden. Und da ergäbe sich die Frage, wie solche höheren Beträge aus der Wirtschaft herausgeholt werden sollen. Eine Steigerung der Leistungen der Arbeiterschaft sei kaum noch möglich. Der größte Teil der Gehilfen leistet in anerkannter Weise, was möglich ist. Eine Senkung der allgemeinen Löhne aus Steuern, sozialen Beiträgen und sonstigen öffentlichen Lasten liege nicht in der Hand der Unternehmer. Dieser Weg sei also auch nicht möglich. Einzelne Betriebe könne es zwar noch geben, die andre Löhne ermäßigen könnten, aber diese sind nicht ausschlaggebend. Möglich wäre teilweise noch eine Senkung der Löhne durch Modernisierung der Produktionsmittel (Maschinen usw.) oder durch schließliche Kapitalien; es müssen dafür hohe Zinsen, 10 bis 12 Proz., aufgebracht werden, die aber auch wieder nur aus dem laufenden Arbeitsertrag geschöpft werden könnten. Eine Verkürzung der Betriebsgewinne würde auch nicht zu dem gewünschten Ziele führen. Denn neben gutgehenden Betrieben gebe es nicht wenige, die weniger gute Ergebnisse haben. Diese würden dann noch stärker belastet und daher noch schwächer werden. Ein großer Teil der Betriebe schließe mit Unterbilanz ab; da sei überhaupt nicht mehr herauszuholen. Gute Abschlässe seien in der Regel nur dort zu verzeichnen, wo noch Verlagsunternehmungen aller Art mit verbunden sind. Keine Lohnrudderereien seien aber in der Regel schlecht daran. Durch eine Steigerung der Preise seien die Mehrkosten der jetzigen Lohnforderung nicht einzubringen. Denn heute sei noch nicht einmal die vorjährige Preiserhöhung durchgeführt. Das sei durch die Angriffe der Buchhändler und Verleger vereitelt worden. Auch die Staatsbehörden haben jede Erhöhung abgelehnt. Die Bücherpreise werden heute schon als unerträglich teuer bezeichnet, obwohl der Buchdruckerlohn dafür sehr wenig ins Gewicht falle. Dazu kommen noch sehr lange Zahlungsfristen, die den Verlegern eingeräumt werden müssen. Die Auftragsdecke sei dünn; es seien viel zuviel Betriebe vorhanden. Es sei daher gar keine Möglichkeit vorhanden, eine Lohnrudderhöhung von etwa 20 Proz. zu gewähren. Die Lage des Gesamtgewerbes sei eher alles andre als rosig; es fehle jede Ausweichmöglichkeit. Deshalb müsse der jetzige Zustand zunächst erhalten bleiben, zumal sich dieser im Rahmen der Löhne auch der übrigen Arbeiterschaft hält.

Der nun folgende Redner von G e h i l f e n s e i t e trat dem ersten Prinzipalsreferenten hinsichtlich seiner einseitigen Bezugnahme auf den Appell des preußischen Handelsministers an die Führer des Unternehmertums und der Arbeiterschaft und den in diesem geforderten Blick auf die Allgemeinheit entgegen. Für die Arbeiterschaft sei eine solche Mahnung ganz überflüssig. Denn diese sei von jeher gezwungen, mit der allgemeinen Lage der Wirtschaft schon in ihrer eigenen Haushaltung zu rechnen, da dies sich sowohl aus den Preisen für die Kosten der Lebenshaltung wie aus den dazu verfügbaren Löhnen sozusagen zwangsläufig ergebe. Würde dies auch von den Unternehmern anerkannt, dann müßten sie in der Lohnfrage einen ganz anderen Standpunkt einnehmen. Die Auszahlung gewisser höherer Lohngruppen in sogenannten Saisongewerben (Baugewerbe usw.) könne für das Buchdruckgewerbe in den großen Druckorten auf keinen Fall als berechtigt anerkannt werden. Denn auch hier sei die Fluktuation oder der Wechsel zwischen Arbeitsgelegenheit und Arbeitslosigkeit so groß, daß man sogar von einem chronischen Saisoncharakter des Buchdruckergewerbes sprechen könne. In Berlin allein sei die Zahl der im vorigen Jahre durch den Arbeitsnachweis oder sonstwie vermittelten Stellen fast genau so groß wie die Mitgliederzahl des ganzen Gaues Berlin. An Hand einer umfangreichen amtlichen Liste der Friedenspreise für die meisten Haushalts-, Kleidungs-, Wäscheartikel, Schuhe usw. gab der Redner drastische Beweise viel größerer Unterschieden zwischen einst und jetzt, als dies jemals durch die Reichsindexziffer erfasst werden kann. Er zerplückte die bekannte Mengen- und Ertragskurve der Prinzipale als im Widerspruch stehend zu den Feststellungen des amtlichen Instituts für Konjunkturforschung, wonach höchstens von einer „labilen“ Konjunktur, aber von keinem Rückgang der

Konjunktur gesprochen werden könnte. Die Ausparierungsgelüste und Willkürmaßnahmen des Unternehmertums seien auf abschließliche Verschlechterungen der Konjunktur- und Ertragsverhältnisse zurückzuführen und bedeuteten in Wirklichkeit ganz unverantwortliche Beeinflussungen der Wirtschaft durch die Großindustrie. Für das Buchdruckgewerbe müßten die ungeheuren Anschaffungen neuer Maschinen in den letzten drei Jahren, die Nachweise der Aktien-gesellschaften und die oft geradezu unverantwortlich hohe Zahl von Abschreibungen als untrügliche Beweise gelten, ja besten Geschäftsganges beurteilt werden. Wenn es trotzdem wahr wäre, daß die Erträge geringer als früher seien, dann hätten das die Unternehmer selbst zu verantworten; ebenso die immer wieder ins Feld geführte zu geringe Bezahlung der staatlichen Druckaufträge. Das seien alles nur ganz natürliche Früchte gegenseitiger Konkurrenz der Prinzipale unter sich, die insbesondere immer größer geworden ist, seitdem prinzipalseitig das frühere Mitbestimmungsrecht der Gehilfenschaft in der Preisfrage aus Furcht vor tieferen Einblenden in die Betriebsergebnisse sabotiert wurde. Es fehle also nicht an dem ersten Willen der Gehilfenschaft, dem Gewerbe nach besten Kräften in jeder Richtung zu dienen.

Der folgende Redner von Prinzipalseite versuchte die von Gehilfenseite mehrfach betonte Forderung der Gehilfenschaft dadurch zu widerlegen, daß er von einer in vielen Fällen noch schlechteren Lage der Prinzipale sprach. In kleineren und mittleren Betrieben seien geradezu katastrophale Abschlässe für das Jahr 1927 zu verzeichnen. Es sei sogar von Verlusten in großem Maßstab zu reden, wenn die Prinzipale ihre zeitlich fast unbegrenzten Arbeitsleistungen ebenso in Rechnung stellen wollten, wie dies die Gehilfen für sich beanpruchen. Bei den Maschinenanschaffungen kämen doch auch Neugründungen, also nicht nur Vergrößerungen einzelner Betriebe in Frage. Er führte einzelne Fälle an, daß in letzter Zeit einige früher gutgehende und hochbewertete Betriebe mit großen Verlusten verkauft werden mußten. Wenn eine Beteiligung der Arbeiterschaft an den Betriebsgewinnen anerkannt werden sollte, dann müßte das auch für die Verluste gelten. Der Anspruch auf Teilnahme an den Fortschritten der Kultur sei gewiß berechtigt; aber bei diesen Prinzipalen sehe es damit noch viel schlechter aus. Für manche von ihnen käme nicht einmal ein Theaterbesuch in Frage. Er bitte daher die Gehilfen, die Schärfe nicht auf die Spitze zu treiben. Es bestehe keine Möglichkeit, die Preise noch weiter zu erhöhen, weshalb keine Deckung für die Forderung der Gehilfen gegeben sei. Nicht einmal die letzte Lohnrudderhöhung habe hereingeholt werden können.

Der nächste Redner von Gehilfenseite erklärte, daß die Gehilfenschaft in den letzten Jahren in der Praxis des täglichen Lebens innerhalb der Betriebe ganz andre Beobachtungen gemacht habe als dies jetzt von den Prinzipalsvertretern behauptet wurde. Man könne zwar zugeben, daß auch die Unternehmer im Buchdruckgewerbe nicht aus ihrer Haut herauskönnen und an gewisse Richtlinien oder Grundzüge des übrigen Unternehmertums gebunden seien. Aber in dieser Richtung habe z. B. der Appell des preußischen Handelsministers eine wesentlich andere Bedeutung als sie hier vom ersten Prinzipalsredner vertreten wurde. Der genannte Minister hat seine Mahnung weit weniger an die Führer der Arbeiterschaft als an die sogenannten Führer der Wirtschaft in Unternehmertumkreisen gerichtet und erwartet von diesen, daß sie die Wirtschaft vor Rückschlägen bewahren. Wenn man die veröffentlichten Bilanzen aus Industrie und Handel vom vorigen Jahre etwas eingehender studiert, merkt man fast durchweg allenthalben Verschlechterungen, die man früher nicht gekannt hat. Das wird auch von bedeutenden Wirtschaftsführern in Unternehmertumkreisen zugegeben. In einem konkreten Beispiel eines mittleren Druckerei mit verhältnismäßig wenig Kapital wies der Redner nach, daß in der Praxis außerordentlich hohe Gewinne gemacht worden sind. Er verwies dann auf die mit gewissen Erscheinungen in einseitig politisch orientierten Arbeiterkreisen parallelaufende Parolenmacherei auf Unternehmenseite, wie es in der Parolenmacherei von der „Mengen- oder Ertragskonjunktur“ erkenntlich geworden sei. Die tatsächlich vorhandene Gewinnkonjunktur werde dadurch nur zu verschleiern gesucht. Die Inflation hat der Arbeiterschaft alles geraubt, was sie hatte. Aber jetzt, nach drei Jahren Stabilisation, hat sich die deutsche Wirtschaft und das Unternehmertum aus den Erträgen der geleisteten Arbeit der deutschen Arbeiterschaft wieder ein Kapital zusammengepart, wie es in der Vorkriegszeit in so kurzer Zeit nie möglich war. In der „Frankfurter Zeitung“ ist festgestellt worden, daß volle zwei Drittel der von Amerika gewährten Kredite an die deutsche Wirtschaft schon wieder zurückgezahlt sind. Das sind doch Verdienste, die aus dem Wirtschaftsverlauf des Jahres 1927 geschöpft worden sind. Die Einwendungen der Prinzipale, daß infolge höherer Lohnforderungen und dadurch bedingter höherer Preise die Aufträge zurückgehen und infolgedessen die Arbeitslosigkeit wieder größer werde, haben wir in den letzten Jahren schon oft gehört. Und doch ist das in unserm Gewerbe nicht eingetroffen. Immer haben wir ein größeres Vertrauen in die Wirtschaft gehabt als die Unternehmer, und haben dabei recht behalten. Mit der prinzipalseitigen Schwarzmalerei stimmt die Wirklichkeit nicht überein. Wir haben eine gute Konjunktur hinter uns, stehen noch in einer solchen dem und werden noch einer besseren entgegengehen. Dafür werden schon die Reichstagswahlen und andre damit zusammenhängende politische Erscheinungen sorgen. Auch der Hinweis auf die Vorhand der Verlagsgeschäfte als Ertragsquellen ist nicht einwandfrei. Auch dort, wo keine Verlagsgeschäfte in Frage

kommen, hat uns die Erfahrung gelehrt, daß ganz anständige Gewinne erzielt werden. Viel besser und ehrlicher wäre es daher, wenn auch nach dieser Seite unübersichtbare Verhältnisse in der allgemeinen Wirtschaft nicht dazu benützt würden, die tatsächlich günstige Lage in unserem Gewerbe zu verunkeln. Wir müssen unser Gewerbe als eine Kultur-gemeinschaft, die schon über 30 Jahre zusammen gearbeitet hat, betrachten. Daher müssen wir uns auch von Einflüssen von anderer Seite freimachen und daran denken, daß das Primäre in der Wirtschaft nicht die Ware, sondern der Mensch ist. (Schluß der Vormittagssitzung.)

England gefährdet das Washingtoner Arbeitszeitabkommen

Der Vertreter der englischen Regierung erklärte in der letzten Sitzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts, daß England das Washingtoner Abkommens nicht ratifizieren könne, weil die industrielle Entwicklung der Nachkriegszeit es nicht zulasse. Er beantragte, die Revision des Abkommens auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz von 1929 zu setzen.

Es wurde beschloffen, die Apriltagung des Verwaltungsrats über den wichtigen Antrag entscheiden zu lassen. Damit ist zunächst etwas Zeit zu ruhiger Überlegung gewonnen. Das ist immerhin etwas. Mehr konnte sogleich nicht getan werden, um die große Gefahr abzuwehren.

Wir gehen einer sehr ersten Zeit entgegen. Die Vertreter des individualistischen Wirtschaftssystems trüben sich zum entscheidenden Kampf gegen das gemeinnützige Planwirtschaftssystem, das mit aller Gewalt durchzusetzen versucht wird, trotzdem es einzig und allein geeignet ist, die europäischen Völker über die großen Schwierigkeiten hinwegzuführen, die der Weltkrieg geschaffen hat.

Zwar sind in Wirklichkeit die großen Wirtschaftsvölker schon auf dem Wege zur planvollen, geordneten, zweckmäßig-vernünftigen Wirtschaftsreglung. Denn was andres bedeutet das, was überall unter dem Schlagwort Rationalisierung erkredt wird? Freilich muß man unterscheiden zwischen ehrlich-gemeinnützigen, wahrhaft volkswirtschaftlichen Rationalisierungsbestrebungen und selbstjüchsig-gewinnstüchtigen, interessenwirtschaftlichen Rationalisierungsbestrebungen. Die letzteren überwiegen noch, besonders in Deutschland.

Der Streit um den Achtstundentag ist ganz undenkbar in einer Wirtschaft, die nach sachlich-zweckmäßigen und allgemeinnützlich-nationalen Gesichtspunkten eingerichtet ist, statt nach persönlich-gewinnstüchtigen, den Zusammenhang der Wirtschaftstätigkeiten unmöglich machenden Unternehmer- und Händlergesichtspunkten. Sobald Vernunft und Allgemeinwohl die Gesamtwirtschaftstätigkeit eines Volkes regeln, wird der Nuseffekt der Arbeit ganz gewaltig steigen, so daß nicht nur kürzere Arbeitszeiten möglich werden, sondern gleichzeitig auch Lohn- und Gehalts-erhöhungen. Die großen Wirtschaftsvölker müssen Wege finden, die von der privatwirtschaftlich-gewinnstüchtigen Interessenwirtschaft hinüber zur gemeinnützlich-nationalen, den allgemeinen Wohlstand fördernden, „Volks“wirtschaft. Wir haben, eigentlich bis jetzt noch gar kein Recht dazu, fortgesetzt von „Volks“wirtschaft zu sprechen, denn das, was wir so nennen, ist sehr oft ein Wirtschaften gegen das Wohl des Volkes, während es doch selbstverständlich notwendig und naturgewollt ist, daß die Gesamtheit des Volkes zunächst ganz darauf eingestellt wird, dem Allgemeinwohl zu dienen, dem Volksganzen Vorteile zu verschaffen. Diese neuen Wirtschaftsgrundzüge, die mit der denkbar größten stillen Berechtigung von den Arbeitnehmern und Verbrauchern aufgestellt werden, müssen erst tiefer in das allgemeine Denken und Empfinden des Volkes eindringen, wenn wir weiterkommen wollen. Es muß in Zukunft viel eifriger als bisher dafür gearbeitet werden, daß das geschieht. Auch in unserm Reich. Besonders die Presse muß fortgesetzt dafür wirken, daß das wirtschaftlich-soziale Denken und Urteilen im Volke freier, sachlicher, unvoreingenommener, parteiloser, selbstloser, naturreicher, verantwortungsbewußter, hilfsbereiter, sittlicher und fortschrittstrebiger wird. „Es ist der Geist, der sich den Körper baut“, sagt Schiller. Wenn das Volk die Fehler der Zeit und ihre Ursachen sieht, dann wird auch der Wille wach werden, sie zu überwinden. Wenn sich das Denken und Empfinden des Volkes umformt, werden auch Mittel und Wege gefunden, das Fehlerhafte aus Wirtschaft und Staat zu entfernen. Je mehr die Massen über Wesen und Zweck der Volkswirtschaft aufgeklärt werden, desto schwieriger wird es dem rückwärtsstolzen Handels- und Gewinngelst, seine schrankenlosen, selbstjüchtigen Ziele weiter zu verfolgen. Dann werden die Wege frei, um das Neue, Bessere, Schöner, Allgemeinlichste schaffen zu können. Das Sinnlose, wertvernichtende Gegeneinander und Durcheinander in der Wirtschaftsarbeit kann zu einem planvollen, vernünftigen, produktiven Miteinander und Züleinandergestaltet werden.

Der Wille der Weltwirtschaftsvölker, den Achtstundentag als Arbeitszeitnorm zu schaffen, war ein erster kleiner Schritt zur Wirtschaftsvernunft. Selbst er ist dem zähen am Alten hängenden Wirtschaftselendurften noch zu viel. Die Arbeitererschaft aller Länder muß alles daransetzen, daß das Zurück, das dem wirtschaftlich-sozialen Fortschritt droht, verhindert wird.

Die Unternehmervertreter aller Länder im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts haben sich sogleich bereit erklärt, die englischen Bestrebungen, die Arbeitszeiten zu verlängern, zu unterstützen. Das ist nichts Überausbedenkliches. Es ist ja viel bequemer, auf Kosten der wirtschaftlich abhängigen Massen zu Reichtum und Besitz zu kommen, als durch eigene Tüchtigkeit, durch organisatorische, wirtschaftliche und soziale Hochleistung. Wenn der lange Arbeitstag durch den Mißbrauch der Gewalt, den der Besitz der Produktionsmittel möglich macht, aufrecht erhalten oder wieder eingeführt wird, ist es nicht nötig, produktionserhöhende Arbeitsformen und Volkswirtschaftsorganisationen zu schaffen. Alle rüstständigen Betriebe können dann gemächlich im alten ausgefahrenen Geleise weiterfahren. Es fehlen uns oft, wie nicht nur die Wirtschaftswissenschaft, sondern vereinzelt selbst die Wirtschaftspraxis feststellt, tüchtige, bahnbrechende Wirtschaftsführer, die fähig sind, das Lat werden zu lassen, was längst reife, von Urteilsfähigen für richtig befundene Theorie geworden ist. Nach allen bisherigen wissenschaftlichen Feststellungen ist es falsch, was die Unternehmer immer wieder hartnäckig behaupten, daß nämlich Arbeitszeitverlängerungen die Produktion vermindern, die Preise steigen und die Arbeitslosigkeit vermehren. Sowohl die Ermittlungen des Internationalen Arbeitsamts als auch die des deutschen „Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen“ (Wirtschaftssequete) haben ergeben, daß die Arbeitszeitreform den technisch-organisatorischen Fortschritt ganz bedeutend fördert. Professor Mißbach, der die Arbeitszeitverlängerungen des Internationalen Arbeitsamts leitete, hat kürzlich erklärt, daß der Achtstundentag den sittlich-sozialen und geistigen Fortschritt gefördert und die Wirtschaftsprодукtivität verbessert habe. Es erklärte sich dies u. a. nicht zum wenigsten aus psychologischen Momenten: Die Lebens- und Arbeitsfreude erhöhe sich, Unternehmer und Arbeiter traten zueinander in ein besseres Verhältnis, die Arbeitsintensivierung nehme zu, namentlich wenn sie technisch und sozial unterstützt würde.

Technisch-mechanische Arbeitsintensivierung muß gleichzeitig Arbeitserleichterung und Arbeitsvereinfachung bedeuten. Die Ermüdungs- und Unlustmomente der Arbeit müssen vermindert werden. Für eine intensive Wirtschaftstätigkeit ist der Achtstundentag unter allen Umständen die Höchstgrenze. Die deutschen Ermittlungen über das Verhältnis der Arbeitszeit und des Arbeitslohns zur Arbeitsleistung, die bis jetzt vorliegen, zeigen deutlich, daß überanstrengende und zu lang ausgedehnte Arbeit niemals produktionsfördernd wirkt. Eine gewissenhaft-soziale Rationalisierung, die das Wohl der Arbeitnehmer und der Warenverbraucher im Auge hat, muß, je weiter sie fortschreitet, arbeitserleichternd und lohnfördernd wirken, darüber ist sich die Wissenschaft einig, und die Praxis eintätig bereits Beispiele genug, die beweisen, daß sie richtig urteilt.

Die Vertreter der Arbeiter sind in Genf natürlich sogleich entschieden den englischen Bestrebungen, das internationale Achtstundentagproblem zum Scheitern zu bringen, entgegengetreten. Jouhaux (Frankreich), Dubegeest (Holland), Poulton (England) und Müller (Deutschland) traten gemeinsam gegen den Vertreter der englischen Regierung auf. Der Vertreter der deutschen Regierung lehnte es ab, ohne ausdrückliche Ermächtigung durch seine Regierung zum englischen Antrag Stellung zu nehmen. Der belgische Regierungsvertreter wies darauf hin, daß Belgien das Washingtoner Abkommen bereits bedingungslos ratifiziert habe. Wenn die Angelegenheit sich nicht bis zum Jahre 1931, wo das Abkommen abläuft, kläre, müßten auch die Staaten ihre Zusage wieder zurückziehen, die den Achtstundentag anerkennen wollen. Im Zusammenhang mit dieser Erklärung wies Direktor Thomas darauf hin, daß für das Internationale Arbeitsamt und für die sozialpolitische Verantwortung der Völker eine gefährdende Schicksalsstunde von der englischen Regierung heraufbeschworen würde, wenn es nicht gelänge, den bereits entstandenen Schaden wieder auszubessern.

Das deutsche Arbeitszeitgesetz vom 14. April 1927 läßt es zwar zu, daß über den achtstündigen Arbeitstag hinausgegangen wird, allerdings gegen 25 Proz. Lohnzuschlag. Trotzdem ist die Arbeitszeitdauer fortgesetzt vermindert worden, und zwar bei durchweg auf beschäftigter Industrie. In sämtlichen von der Statistik erfaßten Gewerben arbeiten jetzt reichlich die Hälfte der Arbeiter bis 48 Stunden in der Woche. Über 54 Stunden wöchentlich arbeiten nur 0,2 Proz. Bei dieser Entwicklung der Arbeitsverhältnisse, die selbstverständlich noch nicht befriedigend sind, die Arbeitsleistungen, besonders im Bergbau, in der Großindustrie, der Textilindustrie und der Industrie der Steine und Erden fortgesetzt gestiegen.

Die Gegner des Achtstundentages weisen bekanntlich gern auf den Dawes-Vertrag hin, wenn sie irgendwelche unsozialen Ziele erreichen oder vom wirtschaftlich-sozialen Fortschritt abschrecken wollen. Der Dawes-Vertrag enthält aber wertvolle soziale Schutzbestimmungen für Arbeiter und Verbraucher. Es ist auch anzunehmen, daß sie ernst gemeint sind; denn die Weltwirtschaftsvölker wissen alle, daß ihre Industrien vom Warenverbrauch der arbeitenden Massen abhängig sind. Außerdem soll durch die Arbeitszeitverkürzung ja gerade eine Leistungssteigerung erreicht werden. Eine Leistungsverbesserung kann nur bei verarbeiteten, unzeitgemäßen, schlecht geleiteten Betrieben eintreten. Die deutsche Regierung hat keinen Grund, das Washingtoner Abkommen abzulehnen. A. S.

Das Genossenschaftswesen Wirtschaftliche Interessen von Stadt und Land

Es ist gar keine Frage, daß die Interessen des kleinen und mittleren Landwirts viel mehr mit denen des Arbeiters, Beamten und Angestellten als Verbraucher gleichlaufend sind, als mit denen des Großgrundbesizers. Die einzige trennende Schranke bildet die Auffassung in den sozialpolitischen Fragen, aber sie ist mehr eine Sache geistiger Auffassung als eine materielle Differenz. Was klar daraus hervorgeht, daß diese Sozialpolitik, begonnen unter Bismarckscher Kra, vollkommen auf die Interessen des Großgrundbesizers und der Schwerindustrie zugeschnitten ist. Und nur eine rein gefühlsmäßige Einstellung der mittleren und kleineren Landwirte, in dem Manne „mit Ar und Salz“ eben den größeren Bruder zu sehen, hat bis jetzt verhindern können, daß sie den Zusammenhang der Dinge erkennen. Daß sie durch die Industriezölle und Zölle auf den größten Teil aller Waren, die von ihnen gar nicht erzeugt werden, eine wesentlich teurere Lebenshaltung führen müssen und die um den Zoll scheinbar gesteigerten Getreide- und Viehpreise nicht im entferntesten einen Ausgleich bieten für die zum Teil enorme Verteuerung aller übrigen Lebensbedürfnisse, einschließlich Werkzeuge und Maschinen. Daß also der Nutzen der ganzen Sozialpolitik dem Großgrundbesitzer und der Großindustrie in die Tasche fällt. Was ja der einzige Zweck der sozialpolitischen Übung seit Jahrzehnten ist.

Freilichweise läßt die neuere, organisatorische und wirtschaftliche Entwicklung zusammen mit dem Agrarprogramm der Sozialdemokratie die berechtigte Hoffnung zu, daß in absehbarer Zeit eine Wendung in den geistigen Auffassungen der Landwirtschaft eintritt, welche in der Erkenntnis der gemeinsamen Interessen von Landwirtschaft und Verbrauchermaßen wurzelt.

Die genossenschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft einerseits und der Verbraucher andererseits selbst hier eine Pionierarbeit, deren allmähliche Wirkungen denen nicht verborgen bleiben, die mit den Dingen auf diesen Gebieten vertraut sind. Wenn schon in gemeinsamen Körperchaften die Genossenschaftszentralen der landwirtschaftlichen und der Verbrauchergenossenschaften zusammenarbeiten, um zu engeren geschäftlichen Verbindungen zu kommen, so müssen die Auswirkungen einer solchen Zusammenarbeit allmählich auch die Pfluge des Bauern wandeln. Er wird erkennen, daß die genossenschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft, welche ihre Standardisierung und Rationalisierung gewährleistet und damit entsprechende Preise für eine qualifizierte Produktion, die der Konkurrenz des Auslandes eine natürliche Spitze bietet an Stelle der künstlichen sozialpolitischen, für ihn die einzige Möglichkeit zur Gewinnung eines höheren Lebensniveaus bietet. Denn er erkennt zugleich, daß eine gesteigerte Kaufkraft der Arbeiter, Beamten und Angestellten die Voraussetzung für Abnahme besser qualifizierter landwirtschaftlicher Erzeugnisse bietet, insbesondere, wenn deren Verteilung unter Ausschaltung vertuernder Zwischenhandelsglieder auf konjunktgenossenschaftlichem Wege in Verbindung mit landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften zustande kommt.

Von hier aus gewinnt der mittlere und kleinere Bauer eine ganz andere Stellung zu den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit, und seine Sympathie wird denen gehören, mit welchen ihn tatsächliche, nicht eingebildete gemeinsame Interessen verbinden.

Wenn heute schon 40 000 ländliche Genossenschaften mit drei Millionen Bauernfamilien und 2000 Konsumgenossenschaften mit vier Millionen Verbraucherfamilien aus Arbeiter-, Beamten- und Angestelltentrefen auf diese Entwicklung eingestellt sind, welche in der wirtschaftlichen Natur der Dinge, also in immanenten Notwendigkeiten wurzelt, so wird man zugeben müssen, daß die Wertepole der wirtschaftlichen Interessen- und politischen Ideen-gemeinschaft von „Stadt und Land“ die denkbar günstigsten für die Zukunft sind. Das sozialdemokratische Agrarprogramm, das auf diese Entwicklung zugeschnitten ist, wird in den kommenden Wahlkämpfen gute Auffklärungsdienste leisten können, wenn es geschickt und zweckentsprechend verwertet wird.

Genossenschaftliche Wirtschafts- und Steuerleistung

Es ist interessant, an einem beweiskräftigen Einzelbeispiel aus der konjunktgenossenschaftlichen Wirtschaftsführung deren außerordentliche Nützlichkeit für die Verbraucher-massen zu demonstrieren und zu zeigen, daß ihre Leistung ganz aus eigener Kraft zustande kommt und auch nicht im geringsten Maße steuerlicher Bevorzugung zu verdanken ist, wie ihre Gegner neuerdings recht geflissentlich behaupten. Ein solches Beispiel ist der große sächsische Konsumverein Dresden „Vorwärts“, dessen Projekt einer Riesenväckerlei sogar die rein privatwirtschaftliche eingestufte Tages- und Frachtpresse beschäftigt.

In ihrem Geschäftsbericht über das Jahr 1926/27, welcher als ein Muster klarer und übersichtlicher Darstellung aller wesentlichen Geschäftsvorgänge, der Umsätze, Unkosten und Vermögenslage der Genossenschaft bezeichnet werden kann, wie es bei großen privatwirtschaftlichen Unternehmungen kaum einmal vorkommt, zeigen ein paar Zahlen die Wirtschafts- und die Steuerleistung, die auf jeden Verbraucher, aber auch auf den unvoreingenommenen Volkswirt eine starke Anziehungskraft ausüben muß. Aus einer statistischen Zusammenstellung über die Entwicklung des „Vorwärts“ geht hervor, daß an die Mitglieder — meist Arbeiter, Beamte und Angestellte — in 39 Jahren seit Bestehen der Genossenschaft nicht weniger als 25 294 713 Goldmark als Rückvergütung auf den Warenumsatz und Kapitaldividende

ausbezahlt wurden, aus einem Gesamtumsatz von 408 421 159 M. Dabei natürlich zu berücksichtigen ist, daß Mitgliederzahlen und Umsatz nur allmählich angekliegen sind.

Bei rund 65 400 Mitgliedern betrug der Umsatz im Jahre 1925/26 27 522 000 M., 1926/27 aber 37 727 000 M. Daraus sich ein Reinertrag von 1 885 330 M. ergab, in welchem der Sparrabatt der Mitglieder mit 1 652 447 M. eingerechnet ist. Der Gesamtbetrag entspricht einem „Verdienst“ von 6,8 Proz. des Umsatzes, was an sich nicht von besonderer Bedeutung scheint. Sobald man aber den Betrag von 1 885 330 M. in Vergleich bringt mit dem eingelegten Betriebskapital der Mitglieder, gewinnt die Sache ein ganz anderes Gesicht. Denn dies Betriebskapital betrug 1 654 884 M.; es ist also niedriger als der Ertrag und entspricht der einmaligen Auszahlung des Sparrabatts von 1 652 447 M. Und hieraus ergibt sich die starke ökonomische Überlegenheit der konjunktionsgenossenschaftlichen Unternehmungsform gegenüber der privatwirtschaftlichen, die ja ganz allgemein den Ertrag der Unternehmung in ein Prozentverhältnis zur Kapitalsanlage setzt und nicht zum Warenumsatz.

Das heißt also: im Genossenschaftsbetrieb des Dresdener „Vorwärts“ beträgt zwar der Reinertrag einschließlich Sparrabatt nur 6,8 Proz. aus dem Umsatz, aber der Kapitalertrag aus den eignen Betriebsmitteln der Mitglieder rund 114 Proz. Gemiß eine ansehnliche Leistung, die die ökonomische Überlegenheit gegenüber der Privatwirtschaft mit 5 bis 25 Proz. Kapitalertrag unwiderleglich demonstriert.

Was nun die Steuerseite des Objekts betrifft, so zeigt sie eine Befreiung der Genossenschaft mit einem Gesamtbeitrag von 469 755 M. Steuern aller Art, wovon auf Reichssteuern 327 249 M., auf Landes- und Gemeindesteuern 121 877 M., auf Verkehrssteuern 10 230 M. Also eine gewaltige Steuerleistung, die nicht weniger als 25 Proz. des Reinertrags und Sparrabatts beträgt, oder 1,2 Proz. vom Umsatz, rund 7,18 M. pro Mitglied. Trotz dieser enormen Steuerleistung, die ganz bestimmt von keinem privatwirtschaftlichen Unternehmen mit gleichem Betriebskapital auch nur annähernd erreicht werden dürfte, steckt noch so viel Wirtschaftskraft in dem genossenschaftlichen Unternehmen, daß es seine Mitglieder zufriedustellen kann. Diese Steuerleistung eines der größten und vorbildlich geführten konjunktionsgenossenschaftlichen Unternehmen Deutschlands zeigt nebenbei die unsinnige Behauptung von der steuerlichen Bevorzugung der Konjunkturvereine in ihrer ganzen Zügellosigkeit. Wodurch sich natürlich die weitere Entwicklung der Konjunktionsgenossenschaften nicht aufhalten lassen wird. —ff.

Korrespondenzen

Magdeburg. Unsr. Generalversammlung am 11. Februar wurde mit einem ausgezeichneten Vortrage des zum erstenmal in unserer Mitte weilenden zweiten Gauvorsitzers, Kollegen Ebert (München), eingeleitet. Das Thema lautete: „Das Maßstreben der Großindustrie“. Der Vortragende verstand es, mit seinen von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen die lauschenden Zuhörer zu fesseln und erntete dafür großen Beifall. Im Anschluß daran gab Vorsitzender Stier den Jahres- und für den erkrankten Kassierer auch den Kassienbericht. Das Jahr 1927 war in organisatorischer Beziehung sehr ruhig verlaufen, wenn auch der Beschäftigungsgrad am hiesigen Orte gegenüber dem letzten Jahr etwas nachgelassen hat. Das 60jährige Bestehen des Ortsvereins wurde am 28. und 29. Mai vorigen Jahres in großartiger Weise gefeiert. Den Bericht des Ortsausschusses des DGBV, erkrankte Kollege Edelmann und den von der Befreiungsabteilung bereiteten, Kollege Daser. Sämtliche Berichte wurden ohne Diskussion aufgenommen, und die Versammlung war mit der Tätigkeit des Vorstandes und der übrigen Funktionäre einverstanden. Bei dem Bericht der Befreiungsabteilung berichtete Kollege Stier, daß wohl seitens der Handwerkskammer von Schwaben und Neuburg die Befreiungsordnung schon seit Ende des Jahres 1926 anerkannt sei, daß aber bezüglich ihrer Durchführung und aller sonstigen Notwendigkeiten Bestandteile der Befreiungsordnung trotz wiederholtem Vorstellungsverhalten beim Kreisvorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Vereins noch nichts geschehen ist. Diese Mitteilung löste bei den Versammelten eine ziemliche Erregung aus, und es wurde eine Entschließung eingereicht, in welcher zum Ausdruck gebracht wird, daß diese Angelegenheit endlich zum Abschluß gebracht werden muß. Die Entschließung soll an den Prinzipalratsvorsitzenden Herrn Pfeifer weitergeleitet werden. Unter „Verchiedenem“ wurden dann noch eine Reihe von Vereinsangelegenheiten behandelt und zur Erledigung gebracht. Die in vorgerückter Stunde vorgenommene Neuwahl des Vorstandes erledigte sich sehr rasch, da sämtliche leitenden Kollegen die Wiederwahl annahmen. Mit dem Wunsche, auch in diesem Jahre an den Beratungen des Ortsvereins regen Anteil zu nehmen, schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene und gutbesuchte Versammlung.

Berlin. (M a s c h i n e n s e h e r.) In unserer Versammlung am 12. Februar übermittelte Vorsitzender M a h l o die Versammlung den Dank aller der Kollegen, die vom Verein mit einer Weihnachtsunterstützung bedacht worden sind. Insbesondere erwähnte er hier die Frauen unserer auf der Festung Gollnow befindlichen Mitglieder. Auf die Konjunktur zu sprechen kommend, stellte der Vorsitzende fest, daß unser Arbeitslosenzahl im ständigen Abnehmen begriffen sei. Kollege Engelmeier gab eine Darstellung der Lohnbewegung in der Friedrichshagen-Druckerei. Sodann teilte der Vorsitzende mit, daß die Kassierung unser Beiträge durch den Gau von Brandenburgischen Maschinenfabrikerverein abgelehnt wurde. Dies hätte den Verein mit 50 Pf. pro Mitglied belastet, und wir hätten im übrigen die Kassierung der Provinz von uns weiter erledigen müssen. Für 60 Pf. pro Mitglied selbst der Vorstand seine gesamte

Arbeit, und unser Apparat der Kassierung arbeite gut. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung teilte Kollege M a h l o die Absicht des Vorstandes mit, statt der Wandervereinigung Gesellschaftsfahrten zur „Presse“ zu organisieren. Nach Ausführungen mehrerer Kollegen beschloß die Versammlung, wiederum eine Wandervereinigung stattfinden zu lassen. Das Stattfinden eines Vortrages mit Frauen über den Rhein und seine Umgebung wurde gleichfalls angenommen. Es fand schließlich noch ein Antrag Annahme, zwei Kollegen zum Maschinensehtreffen nach Köln zu delegieren. Unter „Neuaufnahmen“ wurden zwei Kollegen abgelehnt.

Wieselsfeld. (M a s c h i n e n s e h e r.) Die Generalversammlung unseres Bezirks am 12. Februar hatte einen guten Verlauf. Hauptsächlich fällt dieser auch weiter an. Vorsitzender Schulte machte einige Mitteilungen von unserm in diesem Jahre zu begehenden 25jährigen Bestehen der Bezirksvereinigung und fand vor allem anerkennende Worte für die Kollegen, die uns bei dem vollständigen Mangel an historischem Material für die Festchrift durch Überlassen von solchen unterstützt haben. Ein Zirkular der Zentralkommission wurde zur Kenntnis genommen. Der Vorsitzende gab alsdann den Jahresbericht, woraus zu entnehmen war, daß der Bezirk Wieselsfeld am Ende des Jahres 1927 116 Mitglieder zählte. Der Versammlungsbeschluss betrug 55 bis 60 Proz. Das abgelaufene Jahr war für uns zufriedenstellend. Unter Punkt „Technisch“ hielt Kollege F r i e d r i c h s m e i e r einen sehr gut ausgearbeiteten Vortrag über „Das Arbeiten an der Linotype“ in allen seinen Einzelheiten. Am Schluß seiner Ausführungen wurde ihm reicher Beifall zuteil. Der Vorsitzende gab anschließend den Bericht von der Generalversammlung der Maschinenfabrikervereinigung Rheinland-Westfalens, der ebenfalls mit großem Interesse verfolgt wurde. Es wurde nur bebauert, daß das Maschinensehtreffen auf der „Presse“ zusammenfallen mit dem ersten Deutschen Arbeiter-Sängerbundestag in Hannover am 16. und 17. Juni. Schon lange sei die Veranstaltung der deutschen Arbeiterlänger bekannt gewesen, und man hätte versuchen müssen, eine andere Lösung zu finden. Mit dem einmaligen Extrabeitrag zur Ausgestaltung des Treffens in Köln erklärte sich die Versammlung einverstanden. Die Errichtung eines Vertrauensmännertörpers innerhalb unseres Bezirks zur Erledigung interner Angelegenheiten wurde gutgeheißen. An dem Kassienbericht des Kollegen B r i n d ö p f e war nichts auszusagen und es wurde ihm für gute Kassienführung Entlastung erteilt. Die Wahl des Vorstandes ergab einstimmige Befähigung des bisherigen. An Stelle eines auscheidenden Kassiers wurde ein anderer Kollege gewählt. Die Technische Kommission bleibt im Amt. Die nächste Versammlung findet ausnahmsweise in Wieselsfeld statt. Mit einem Appell an die Kollegen, sich im neuen Jahre vor allen Dingen rege an Verbandsleben zu beteiligen, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Bodolitz (H.-L.). Unsr. Generalversammlung am 4. Februar war von den im hiesigen Orte beschäftigten Kollegen vollständig besucht. Dem Vorsitzenden wurde der Jahresbericht erstattet. Die Kassierverhältnisse haben sich im Laufe des Jahres äußerst günstig gestaltet. Der Vorstand wurde in der alten Besetzung einstimmig wiedergewählt.

Braunshweig. (D r u c k e r.) Am 29. Januar fand die Generalversammlung unseres Bezirks statt. Von auswärtigen Kollegen nahmen daran teil solche aus Hannover, Wolfenbüttel, Schöningen, Wernberg, Harzburg und Goslar. Zunächst wurde mit lebhaftem Interesse die Buchdruckeri von Zöbbede besichtigt. An der Besichtigung nahmen 110 Kollegen teil. Darauf folgte eine gemeinsame Mittagstafel im Vereinslokal. Um 2 Uhr nachmittags fand die Eröffnung unserer Druckausstellung statt. Das Material wurde uns von hiesigen und auswärtigen Firmen sowie auch von Kollegen zur Verfügung gestellt. Es fiel allen an dieser Stelle nochmals dankend. Um 3 1/2 Uhr eröffnete unser Vorsitzender H i g i die Generalsammlung und hieß alle Kollegen nochmals herzlich willkommen. Eingeleitet wurde die Versammlung durch ein Lied eines Doppelquartetts der Liedertafel „Gutenberg“. Ferner brachten uns zum guten Gelingen unserer Versammlung die besten Wünsche unser Bezirksvorsitzender Reuter, vom Maschinenfabrikerverein Kollege Kneifel, von der Kreiszentrale Kollege August Koch (Hannover), vom Bildungsverband Kollege Käger und vom Gauvorstand Kollege Pfingsten. Es wurden hierauf zwei Neuaufnahmen vollzogen, nach deren Erledigung Herr Ingenieur H e j (Braunshweig) einen Vortrag über „Die Elektrotechnik im Buchdruckgewerbe“ hielt, der für uns sehr interessant und auch lehrreich war. Einen weiteren Vortrag hielt sodann unser Gauvorsitzender P f i n g s t e n über „Der Verband und die Sparten“. Alle Kollegen bekamen darin einen gutgeleiterten Überblick auf untre organisatorische und technische Entwicklung im Buchdruckgewerbe. Es wurde reicher Beifall spendet. Die dann folgende Vorstandswahl brachte nur kleine Veränderungen. Der Jahresbericht lag gedruckt vor. Kollege W i l l e r (Wolfenbüttel) sprach im Namen des Druckervereins dem Vorstand besten Dank aus. Die Entlastung des Kassierers wurde einstimmig ausgesprochen. Anwesend waren 84 Mitglieder.

Breslau. Unsr. Versammlung am 1. Februar eehrte das Andenken zweier verstorbenen Kollegen und überwies drei Aufnahmen und zwei Ausschüsse dem Gauvorstand. Sodann schickte der Leiter des hiesigen Volksbühnenbundes, Eggers, der anfänglich der Zeitschriftener der Sowjetunion, und zwar nicht als Politiker und Wirtschaftler, sondern als Kulturarbeiter in Russland wandte, seine Eindrücke von diesem vielbesprochenen Lande nachdem der Vortragende in längeren Ausführungen die einzelnen Ertragseigenschaften gegenüber den zaristischen Zeiten dargestellt hatte, schickte er noch die kolossale Energie der großen Masse zur geistigen Fortbildung, den Hunger nach Wahren, wobei die deutsche Literatur mit an erster Stelle zu erwähnen sei, wie überhaupt die deutsche Sprache, auch bei Kongressen usw. in Russland eine große Rolle spiele. Eine Reihe von Vorträgen zeigte uns noch russische Typen und Landschaften, vor allem das Gebiet des Kremls und den roten Platz, auf dem bei der Zeitschriftener ungeheure Massen Arbeiter vorbereiteten durch reichen Beifall wurde dem Vortragenden für seine interessanten Ausführungen der Dank zum Ausdruck gebracht, was auch an

dieser Stelle wiederholt sei. Nach Erledigung einiger dringlicher Angelegenheiten konnte der Vorsitzende noch die Kollegen O s t a r s t e u e l und E r n s t K l e i n e r t anlässlich ihres 50jährigen Verbandsjubiläums ehren und ihnen den Dank für die der Organisation geleisteten Dienste und die Wünsche der Versammlung für einen recht langen Lebensabend übermitteln.

Dortmund. (H a n d s e h e r.) Unsr. am 12. Februar abgehaltene Bezirks-Generalsammlung hätte wohl in Anbetracht der wichtigsten Tagesordnung einen besseren Verlauf aufweisen können. Vorsitzender K ö l l e besprach unter „Geschäftlichem“ eingehend die Rundschreiben Nr. 5 und 1 des Vorstandes der geschäftsführenden Leipziger Handsehervereinigung. Da am 16. September der Handseherkongress anfänglich der „Presse“ in Köln stattfände, so sollte man während dieser Zeit von größeren Veranstaltungen absehen. Der Jahresbericht war insofern erfreulich, als unser Mitgliederstand augenblicklich 165 beträgt; hoffen wir, daß auch die uns noch fernstehenden Kollegen den Anstoß an die Handseherparte finden. Der Kassier wurde Entlastung erteilt. Über den Handseherkongress in Köln am 15. Januar referierte der Vorsitzende eingehend. Begrüßt wurde es, daß jetzt endlich die Gauvereinigung im Gau Rheinland-Westfalens Tatkraft geworden ist; hierdurch sei es möglich, eine regere Agitation zu entfalten. Ferner ließ sei es auch konstatiert zu können, daß infolge der Arbeitsgemeinschaft am hiesigen Ort der Bildungsverband einen guten Aufschwung genommen habe. Zum Schluß wurde der alte Vorstand durch Zuruf wieder bestätigt.

Dresden. In unserer Versammlung am 8. Februar sprach Kollege D i t t o S ö h n e (Berlin) über das jetztgemachte Thema: „Technik, Wirtschaft, Arbeiterschaft“. In diesem gut durchdachten Referat gab er ein interessantes Bild von der technischen Entwicklung im allgemeinen. Dabei wies er auf die Rückwirkungen hin, die die maschinelle Entwicklung auf die Wirtschaft und für die Arbeiterschaft im Gefolge hat. Ganz besonders beschäftigte sich der Referent mit den modernen Maschinen in unserm Berufe und mit Zukunftsaussichten, die wohl bei manchem Versammlungsbesucher ein Erschauern ausgelöst haben mögen. Am Schluß streifte er verschiedene gewerkschaftliche Fragen. An das fast zweistündige Referat schloß sich eine lebhaft debattierte, die von acht Rednern bestritten wurde. Im Schlußwort beantwortete Kollege S ö h n e verschiedene an ihn gestellte Fragen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ erkrankte Kollege F r e i t a g, bei Konditionswechsel keim beim Gauvorsitzender anzufangen, da sonst in allen Fällen die statutarischen Folgen für die Betroffenen eintreten müssen. Kollege S c h o e d e r teilte unter Hinweis auf die Rundschreiben Nr. 11: „Das Sterbegeld der Prinzipalratskasse“, mit, in welcher großartiger Weise demgegenüber der Verband der Deutschen Buchdrucker für seine inneliebenden Kollegen sorgte. Die Kritik mußte eine Warnung für alle die Kollegen sein, die sich oft leichtsinnigerweise wegen ein paar Pfennig ausschließen lassen, um dann meist später einmal das Törichte ihrer Handlungsweise einsehen zu müssen, wenn es zu spät ist. An einigen Beispielen zeigte dies Kollege S c h o e d e r in treffender Weise. Nach einigen weiteren Mitteilungen wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Hamburg. (M a s c h i n e n s e h e r.) Eingangs unser gutbesuchter Generalversammlung am 12. Februar wurde zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt. Dann gab Vorsitzender N a t h o einige kurze Erklärungen zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht und stellte diesen zur Aussprache, die dann auch weitläufig ausging. Am Jahresbericht selbst wurde keine Kritik geübt, aber über die unterschiedlichen Lohnverhältnisse zwischen Berlin und Hamburg wurde bittere Klage geführt. Gemeint war dann noch, daß in Zukunft Beschäftigten öffentlicher Anstalten usw. veranlaßt werden; denn auch dadurch könne man sein Wissen bereichern. Hierauf wurde der Kassierbericht einstimmig genehmigt. Bei der Vorstandswahl wurde der Schriftführerposten neu besetzt, die übrigen vier Vorstandsmitglieder nahmen ihre Wiederwahl an. Unter „Technischem“ machte Kollege P i e c z y k auf eine neue Matrizenpaustrmaschine aufmerksam und wies auf eine Ausstellung von Jellen hin, die auf dem Ludow-Apparat hergestellt worden sind. — Unsr. 28. Stiftungsfest wurde am Abend des gleichen Tages unter Mitwirkung der Liedertafel „Gutenberg“ und des auserwähltesten hiesigen „Berliner Akt-Trios“ nach alter Buchdruckerart gefeiert.

Hattlingen-Nahr. Am 12. Februar feierten wir das 25-jährige Bestehen unser Ortsvereins in würdiger Weise und in einem größeren Rahmen. Viele befreundete Kollegen aus den benachbarten Städten nahmen an der Feier teil; vom Gauvorstand war Kollege Betram (Köln) erschienen. Der eigentliche Jubiläumsest fand am Morgenfeier statt und war umrahmt von musikalischen Darbietungen sowie Gesangsvorträgen des Volkschors Hattlingen. Zahlreiche Vertreter anderer freigewerkschaftlicher Organisations wohnten der Feier bei. Die Begrüßungsansprache hielt Kollege W a g n e r im Namen des Ortsvereinsvorstandes. Kollege B e r t a m entwarf in seiner Festrede ein Stück Verbandsgeschichte und brachte sie in Verbindung mit der nunmehr 25jährigen Arbeit des Ortsvereins im Dienste der Organisation. Den drei heute noch am Orte tätigen Mitgliedern, Theodor Laufenberg, seit 25 Jahren Ortsvereinskassierer, Heinrich Feldberg, seit 17 Jahren Vorsitzender, und Fritz Veit h i l e r wurden aus Anlaß ihrer 25jährigen Verbandsmitgliedschaft kühnlich ausgeführte Urkunden überreicht. Ferner gedachte der Gauvorsitzender der Kollegen S c h l o t t und T h i e l e, die in diesem Jahre auf eine 33- bzw. 30jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken können. Kollege B e n n e r überbrachte die Glückwünsche des Bezirks Bochum, Redakteur F ä n k e r von der „Hattlinger Zeitung“ die Glückwünsche der Verlagsanstalt C. H. W. unter Überreichung einer prächtigen Blumenpende und eines Scheinens, das „nicht in eigener Ditteln gedruckt wurde“. Zu der gefestigten Veranstaltung am Abend war der Andrang sehr hoch. Den Gästen wurde auch bei dieser Gelegenheit ein musikalischer und gesanglicher Darbietungen, Gymnastik und Tanzvorführungen usw. Erstklassiges geboten. Den Mittelpunkt bildete ein Tanzregeln („Ein Frühlingstraum“), einstudiert und mit

decorativer Ausschmückung versehen vom Kollegen Walter Diegardt (Hattlingen), ausgeführt von neun, uns zum Teil berufswandten Damen. Die schönste Anerkennung lag in der Versicherung der auswärtigen Kollegen, daß sie bei nächster Gelegenheit gern wieder nach Hattlingen kommen würden. Uns aber soll der schöne Verlauf unserer Jubiläumstiere ein Ansporn sein, den Organisationsgedanken weiter tatkräftig zu fördern im Interesse unseres Verbandes.

Heilbronn. (Drucker.) Unsere Generalversammlung am 28. Januar war sehr gut besucht. Nach Bekanntgabe der Eingänge erkrankte Vorsitzender Heyd den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, daß der Verein im vergangenen Jahre Gutes geleistet hat. Anschließend gab der Kassierer den Kassenbericht, der trotz großer Ausgaben ein günstiger war. Bei der Vorstandswahl lehnte der bisherige Vorsitzende eine Wiederwahl ab. An seine Stelle wurde per Affirmation Kollege August Schmidle gewählt. Kassierer und Schriftführer behielten ihre Ämter weiter, nur die Beisitzer wurden neu gewählt. Unter „Verschiedenem“ forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, die „Presse“ in Köln zu besuchen und sich die Errichtung von Sparsparnissen in den Druckereien vor, um so den Kollegen die Fahrt zu erleichtern. Der Vorstand ist bemüht, auch im neuen Jahr den Kollegen alle technischen Neuerungen theoretisch und praktisch zu vermitteln durch Vorträge, Besichtigungen und Kurse.

Kempten i. Allgäu. (Drucker.) Unsere Bezirksvereinigung hielt am 12. Februar ihre Generalversammlung ab. Es ging ihr um Vorabend ein Lichtbildervortrag „Die Entwicklung der Schnellpresse“ voraus, der gut besucht war. An Hand der wirklich vorzüglich durchgearbeiteten Lichtbilder war es den Besuchern möglich, die Entwicklung der Schnellpresse von ihrer einfachsten Konstruktion bis zur modernen Zweitweirummaschine zu verfolgen. Der Bildungsverband, der diesen Vortrag zusammenstellen ließ, bzw. Kollege Dörband, hat hier ein Anschaffungsmaterial geschaffen, das als Vortrag allen Druckervereinigungen nur empfohlen werden kann. Die Generalversammlung wies einen normalen Besuch auf. Dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß der Besuch der Versammlungen entsprechend der Anzahl dieser ein zufriedenstellender war. Der Mitgliedsbestand bewegte sich immer auf der gleichen Höhe von etwa 40 der Vereinigung angeschlossenen Kollegen. Der Kassier stand vor dank der umsichtigen Verwaltung des Kassierers, dem auch die Anerkennung ausgesprochen wurde, ein guter. Die Neuwahl des Vorstandes brachte die bisherige Kollegen mit Stimmeneinheit wieder in ihre innegehabten Ämter. Ein umfangreiches Arbeitsprogramm für das neue Vereinsjahr soll die Kollegen in Versammlungen und Unterrichtsarbeit beschäftigen, dem nur hinzuzufügen wäre, daß sich auch alle Kollegen vollständig anschließen möchten, um den immer größer werdenden Anforderungen im Bereiche Genüge leisten zu können.

Königsberg i. Pr. Unsere Generalversammlung am 12. Februar hatte einen recht guten Besuch aufzuweisen. Der Jahres- und Kassenbericht wurde ohne Debatte genehmigt. Der Antrag, für die zur „Presse“ nach Köln fahrenden Kollegen einen Zuschuß zu gewähren, brachte eine lebhafteste Debatte in nur zum besten Sinne. Es wurden 1000 M. aus der Ortskasse bewilligt. Ein weiterer Antrag beschäftigte sich mit dem Herzogswesen. Der gut bewährte bisherige erste Vorsitzende Elsner legte sein Amt wegen Berufswandels nieder; an seiner Stelle wurde Kollege Otto Huber gewählt.

Konstanz a. B. Unsere Bezirksversammlung am 29. Februar ging am Tage zuvor ein Unterhaltungsabend voraus, der von Ort und Bezirk zahlreich besucht war. Nach einem Eröffnungsmarsch hielt Kollege Schmidle die Begrüßungsansprache. Eine Abteilung der Feuerwehrmusik und ein Trio des Zitherklubs Konstanz erkrachten durch sehr gut zu Gehör gebrachte Musikvorträge. Kollege Stöber füllte die Pausen mit humoristischen Vorträgen aus. Nach Abwicklung des Programms wurde noch fleißig dem Tanzveranstaltungen zugehört. Es waren wirklich Stunden der Erholung und Erbauung, die die Kollegen mit ihren Angehörigen verlebten. Zu der Bezirksgeneralversammlung am Sonntagvormittag waren ebenfalls viele Kollegen aus Ort und Bezirk erschienen, u. a. auch unser Gauvorsitzer Sandfort. Nach Bekanntgabe der Jahres- und Kassenberichte aus Ort und Bezirk wurde die Wiederwahl des Vorstandes vom Bezirk einstimmig bestätigt. Durch das Vertrauen, das dem Vorstand durch die Versammlung entgegengebracht wurde, ist bewiesen, daß die Kollegen mit dessen Geschäftsführung voll und ganz einverstanden waren. Kollege Sandfort sprach dem Vorstand den Dank aus und hoffte auf ein weiteres gutes Zusammenarbeiten. Eine beantragte Erhöhung des Bezirksbeitrages wurde leider nicht genehmigt; man wird aber auf die Dauer mit dem bisherigen Beitrag nicht mehr auskommen. Zu einem längeren Referat „Gewerkschaftliche Zeitfragen“ beauftragte Gauvorsitzer Sandfort ausführlich die Gebiete: Rationalisierung — Löhne — Arbeitslosenversicherung — Arbeitsgerichte — Unfallversicherung — „Dint“ (Deutsches Institut für technische Betriebsführung) die Versammelten nahmen die sehr reichhaltigen Ausführungen mit großem Beifall auf. Die nächste Bezirksversammlung findet wieder in Konstanz, verbunden mit Johannisfest und Druckausstellung, statt. Für den Besuch des Buchdruckerlogen in Lindau wurde gewonnen.

Wohnkonditionen. Unser Mitgliedsbestand betrug am Jahresende 61. Die Zahl der Versammlungen war auf ein Mindestmaß beschränkt, da ein Teil der Kollegen die Presidenten-Partei versammlungen besucht. Leider sieht mit dem Jahresrückblick unser langjähriger Kassierer Beer aus dem Vorstände aus. Er war ein eifriger Kollege, der jederzeit auf dem Posten war, wenn es galt, unsere Interessen zu fördern. Das Bestreben unseres Vorsitzenden Fensch ist es, die Versammlungsbefehrer zu geben. Zu diesem Zweck soll jedesmal ein kurzer Vortrag gehalten werden.

München. (Maschinenbau.) — **W. Oetel** (Hersberg i. S.) In der Versammlung am 29. Oktober widmete der Vorsitzende einem verstorbenen Kollegen einen ehrenden Nachruf. Nach Erledigung der Vereinsangelegenheiten hielt Kollege Seidl von der Technischen Kommission einen Vortrag über die elektrische Heizung. An Hand von Zeichnungen und Teilen einer Wickelheizung zeigte er den Weg, den der elektrische Strom durch Leitung und Elemente zurücklegt und welche Apparate, Schaltungen usw. notwendig sind, um ein einwandfreies Arbeiten mit der elektrischen Heizung zu ermöglichen. — In der Versammlung am 3. Dezember berichtete Kollege Strobel über die Gauvereinigung, über „Erfahrungen in der Provinz“. Er stellte fest, daß unter den Kollegen vielfach Mangel an Kenntnis des Tarifs herrscht, so daß von Seiten der Kollegen oft den unvertretenen Leistungsforderungen der Prinzipale nicht richtig entgegengetreten werden kann. Im Anschluß an sein Referat teilte Kollege Strobel folgenden Beschluß des Vorstandes der Gauvereinigung mit, der volle Zustimmung der Versammlung fand: „1. Der vom Gauverband 1926 beschlossene Bayerische Maschinenfesttag in Nürnberg 1928 soll 1929 stattfinden, um damit den vor jedem Kongress falligen Gauverband zu verbinden. 2. Im Interesse der finanziellen Durchführung des Bayerischen Maschinenfesttages wird der vierjährige Beitrag zum Gau von 90 Pf. auf 1,05 M. erhöht ab 1. Januar 1928.“ Nach Erledigung der Tagesordnung hielt uns Kollege Braun einen Vortrag über seine Erfahrungen in russischer Gefangenschaft. Er führte die Anwesenenden nach Sibirien und in die verschiedensten Gouvernements des riesigen Reiches, schilderte grausige Erlebnisse in der körperlich und geistig zermürbenden Kriegsgefangenschaft, in sibirischer Kälte usw., erzählte dann auch wieder von lichtvolleren Tagen, wie er russische Revolution die Freiheit und langersehnte Rückkehr in die Heimat brachte. Das rege Interesse am Vortrag und der lebhafteste Beifall zeigten, daß in unsern Versammlungen auch außerberufliche Thematika großen Anklang finden. — Am 15. Januar war dann wieder eine Besichtigung, und zwar trafen sich die Linotypsetzer am Vormittag in der Firma Mayer (Ernst) in der Seefeldstraße, um die neue Linotypen in Augenschein zu nehmen. Die Kollegen Salvermoer, Strobel und Würzburger erklärten den wichtigsten alle Neuerungen. Am meisten interessierte natürlich der „Mischer“, der wie der „Doppelbeder“ der Linotype zwei Magazine hat. Nach der Besichtigung blieben die Kollegen noch einige Stunden gemächlich beisammen. Herrn Hof, Vertreter der Linotype, sowie der Firma Mayer sei auch an dieser Stelle für ihr liebenswürdiges Entgegenkommen der beste Dank ausgesprochen. — In der Generalversammlung am 5. Februar widmete der Vorsitzende einem verstorbenen Kollegen einen ehrenden Nachruf. Der Jahresbericht des Vorstandes lag gedruckt vor. In Maschinen sind in München vorhanden: 156 Linotype, 123 Typograph, 5 Linotype, 21 Monotype-Faster, 12 Monotype-Gießmaschinen, zusammen 317 Maschinen. Der Mitgliedsbestand betrug am Jahresrückblick 370. Die Kasse des Bezirksvereins schließt mit einem Bestand von 1445 M. ab. Ostern 1929 wird in Nürnberg ein Bayerischer Maschinenfesttag stattfinden. Zu diesem soll, um dort recht viele Kollegen vereinigt zu sehen, aus der Kasse des Bezirksvereins den Kollegen die Fahrt bezahlt werden. Dies ist aber nur möglich, wenn der Beitrag erhöht wird. Es wurde deshalb beschloffen, vom 1. April 1928 bis 1. April 1929 einen Sonderbeitrag von 10 Pf. pro Woche für diesen Zweck zu erheben. Die Neuwahl ergab einstimmig die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Für die Technische Kommission machte sich eine Neuwahl nötig.

Neuruppin. In unsern Versammlung am 11. Februar wurde nach Erstattung des Kassenberichts über den Monat Januar durch Kollegen Hüddt und nach seiner Entlastung vom Vorstand der Bericht über das verlossene Jahr gegeben. Einer Anregung aus der Versammlung, die diesjährige Bezirksversammlung in einem Bezirksort und nicht in Berlin stattfinden zu lassen, wie auf der vorjährigen Bezirksversammlung beschloffen war, wurde zugestimmt. Ein in einer der letzten Sitzungen des Ortsausschusses Neuruppin des MGB. angenommener Antrag, wonach „in gewerkschaftlichen Leben an hervorragender Stelle stehende gewerkschaftlich, politisch und genossenschaftlich organisiert sein müssen“, zeitig wieder eine längere Aussprache. Der Vorstand wurde beauftragt, gegen diesen Beschluß beim Ortsausschuß Protest zu erheben. In einem Vortrage über „Allelei Wollenswertes aus der Krankenversicherung“ gab Kollege Lenze eine Übersicht über den Aufbau der Krankenversicherung und über alle Bestimmungen, die besonders wichtig sind. An den Vortrag schloß sich eine sehr rege Aussprache. Vom Vorsitzenden Reihardt wurde dem Vortragenden für seine lehrreichen Ausführungen der Dank der Versammlung ausgesprochen; ferner gab er bekannt, daß in der nächsten Versammlung unser ehemaliger Kollege Wendt einen Vortrag über das Arbeitsgerichtsrecht halten wird.

Dornbrühl. Unsere Jahreshauptversammlung fand am 12. Februar statt. Vorans ging eine Vertrauensleutekonferenz, in der vor allem die Lehrlingsverhältnisse besprochen wurden. In der Versammlung selbst standen die Lohnhandlungen voran. Eine Resolution brachte zum Ausdruck, daß unter allen Umständen der Lohnstarif nicht wieder von so langer Dauer sein dürfe. Nach Mitteilungen über den Stand der Lehrlingsordnung, für die bei unserer Kammer noch immer die Genehmigung des Ministers ausstehe, sowie über den bevorstehenden Gauslehrlingstag in Hannover streifte Kollege Herlihs eine Korrektorentage, die vor dem hiesigen Arbeitsgericht ausgetragen wurde, deren Ergebnis war, daß die Firma zur Zahlung von 271 M. verurteilt wurde. Der Inhaber des „Lageblatts“ war nämlich der Ansicht, Korrektoren seien Angestellte, die er entlohnen könne, wie er wolle. Es werden hier viele berufskundige Korrektoren beschäftigt. Das Arbeitsgericht hat aber entschieden, daß sie als Gehilfen im Sinne unseres Tarifs anzusehen sind und demgemäß dem klagen den Korrektor vorstehende Summe zugeprochen. Zwischen ihm und dem hiesigen Arbeitsgericht eingelegt. Wir hoffen aufrichtig, mit Hilfe unseres Gauvorsitzers auch diesmal nicht zu unterliegen. Der interessante Jahres- wie auch der Kassenbericht wurde ohne Aussprache entgegengenommen. Der Vorstand wurde bis auf den Schriftführer, für den Urwahl vorgenommen werden soll, wiedergewählt. Nach Erledigung anderer Angelegenheiten fand die sehr gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Würzburg. (Drucker.) In unser Hauptversammlung am 22. Januar, die gut besucht war, beauftragte der Vorsitzende die anwesenden Kollegen besonders die von auswärts erschienenen. Unter „Geschäftlichen Mitteilungen“ brachte Kollege Hoh die Broschüre der Firma

Jäncke & Schneemann über „Farben, deren Wirkung, Zusatzmittel und technische Erläuterungen“ zur Verteilung, die die Firma in größerer Anzahl kostenlos überlieferte. Die Einführung von Reifeplanen zum Besuche des Druckertages in Köln und der „Presse“ wurde erwähnt, ferner eine Einladung des Herrn Ingenieurs Köhler von der Frankenthaler Maschinenfabrik Albert & Co. zur Besichtigung der in der Graphischen Hochschule zu Nürnberg zur Auswertung gelangenden Tiefdruckpresse „Palatia“ und der mit Frontbogenanlage versehenen Buchdruck Schnellpresse „Alberla“. Dann folgte die Erstattung des Jahresberichts durch den Vorsitzenden. Der Mitgliedsbestand betrug Anfang 1928 83. Der Besuch der Versammlungen war im Durchschnitt gut. Dem Kassierer wurde nach Erstattung des Kassenberichts Entlastung erteilt. Die Wahl der Vorstandsfahrt ging nach vollstatten. Es wurden u. a. gewählt die Kollegen Witzke als Vorsitzender und Karl Dettborn als Kassierer. In die Technische Kommission wurden vier Kollegen gewählt. Anträge auf Beitragserhöhung von 10 auf 20 Pf., auf Bezahlung von Sitzungsgeldern für den Vorstand und die Technische Kommission, ferner auf Bezahlung der Fahrtkosten für die auswärtigen Kollegen, die die Hauptversammlung oder die Bezirksversammlung besuchen, fanden einstimmige Annahme. Unter „Verschiedenem“ kamen einige technische Anfragen zur Beantwortung, die eine lebhafteste Diskussion auslösten.

Allgemeine Rundschau

Weiterprüfung. Vor der Handwerksammer Konstanz bestand der Kollege Paul Fischer (Faktor) aus Radolfzell a. B. die Weiterprüfung mit gutem Erfolg.

Achtung, Lehrlingsleiter! Der Verbandsvorstand hat zu seinem Bedauern feststellen müssen, daß einige Rundsendungen für Lehrlinge nicht so schonend behandelt worden sind, wie das im allgemeinen Interesse unbedingt notwendig ist, wenn zum Teil wertvolle Rundsendungen längere Zeit im Umlauf bleiben sollen. Es wird daher dringend gebeten, in der Behandlung der Drucksachen sowohl bei ihrer Verwendung in den Versammlungen der Lehrlingsabteilungen wie bei ihrem Weiterverkauf die größtmögliche Rücksicht zu beobachten.

Tariffürdung im Buchbindergewerbe. Der Tarifforschung im Buchbindergewerbe beschloß die Rundschau der Mantel- und Lohnverträge und die Anbahnung von Verhandlungen zwecks Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die im Februar meistgelauten Bücher. Die von der „Literarischen Welt“ nach dem Muster der englischen und amerikanischen Buchhändlerorganisationen veröffentlichte „Bestseller“-Liste führt unter den im Februar meistgelauten Büchern schon zum fünftenmal Arnold Zweigs „Streit um den Sergeanten Grish“ auf; zum viertenmal Upton Sinclair's „Petroleum“. Neuerdings rechnet Wassermann's jüngstes Werk „Der Fall Maurizius“ zu den erfolgreichsten Büchern; außerdem Wilhelm Speyer's Büchlein für die an Jähren und im Herzen Jungen, „Der Kampf der Tertia“.

Das schwerste Buch der Welt. In der „Chronica des Gens de Lettres“ wurde kürzlich, wie die „Literarische Welt“ berichtet, mitgeteilt, daß das schwerste Buch der Welt die „Geschichte von Sighet“ sei, die ein Erzherzog Salvator von Sabsburg am Anfang dieses Jahrhunderts veröffentlicht hat. Das Buch ist in graues Leinen gebunden, trägt einen Titel „Parag“, und umfaßt 475 Seiten von 50 cm Länge und 37 cm Breite. Die Illustrationen sind farbig, Spezialzeichnungen und Aquarelle; sie stellen antike Denkmäler, Landschaften, Familienbilder dar. Das ganze Buch wiegt 48 kg. Es wurden von diesem Werk bei Mercury in Prag 100 Exemplare in deutscher, italienischer und griechischer Sprache auf Luxuspapier gedruckt. Die Auflage soll 300 000 Kronen Friedenswährung gekostet haben. Übrigens wurde das Buch nur für gekränkte Häupter aufgelegt, die heute glücklicherweise selten geworden sind.

Das älteste englische Druckzeugnis. In einem Hausen alter Manufaktur der Londoner „Record Office“ wurde, einer Mitteilung der Berliner „Germania“ zufolge, ein kleines unansehnliches Stück Pergament gefunden, das überdies durch Mäusefraß arg beschädigt war. Nach eingehender Untersuchung von Sachverständigen ist es als ein Abklappel erkannt worden, den Caxton, der erste Drucker Englands, in seiner Druckerei bei der Westminster Abtei im Jahre 1476 für den Abt von Abington hergestellt hatte, und der von dem Abt an Gemeindeglieder nach handschriftlicher Eintragung der Namen gegeben wurde. Als der bisher älteste Druck aus Caxtons Offizin galt in England eine 1477 hergestellte Schrift, ein philologisches Handbuch, das sich jetzt in Manchester befindet. Der neue Fund wurde von einem Londoner Antiquar gemacht, der zunächst glaubte, daß er es mit einer Handschrift zu tun habe. Erst durch die Untersuchung von Sachverständigen wurde durch sorgfältigen Vergleich mit früheren Druckzeugnissen festgestellt, daß hier keine Handschrift, sondern ein durch bewegliche Lettern hergestelltes Druckzeug Caxtons vorlag. Im Jahre 1476 fand in Rom eine Jubiläumstafel statt, und den englischen Bürgern wurde für den Besuch des heiligen Jahres ein Ablass gewährt. Um auch denen, die an der Pilgerfahrt nach Rom teilnehmen verhindert waren, diese Gnade zuteil werden zu lassen, erhielt der oben erwähnte Abt die Ermächtigung, Abklappel drucken zu lassen und mit dem Namen der Bestreuten zu versehen. Auf Grund dieser Ermächtigung erteilte er dem Drucker Caxton dann den Auftrag, die Zettel zu drucken. Der Text des vorliegenden besteht aus 380 Worten und ist von bemerkenswertem historischem Interesse. Er lautet auf den Namen des Londoner Wärrers Henry Lansey und seiner Gattin Katharina, denen der Ablass gewährt wird in Anerkennung der Opfer, die sie für die Ausrüstung einer christlichen Flotte im Kampf gegen die Türken gebracht hatten.

Veröffentlichung von Bildnissen aus dem Bereich der Zeitgeschichte. Bekanntlich dürfen nach dem Kunstschutzgesetz Bildnisse einer Person nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden. In einigen Ausnahmefällen gilt diese Vorschrift nicht, namentlich dann, wenn es sich um Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte handelt. In einem Falle, mit dem

fich das Kammergericht zu beschließen hatte, war auf dem Umschlag eines Buches ein Hohenzollernprinze abgedruckt, der infolge dessen gegen den Verleger Privatklage anstrengte, mit der er die Vernichtung der Buchumschläge und der Vorrichtungen zur widerrechtlichen Vervielfältigung des Bildnisses forderte. Der Beklagte wandte ein, hier handle es sich um ein Bildnis aus dem Bereich der Zeitgeschichte; denn der Privatkläger habe durch seine Dienstleistung bei der Reichswehr den Rücktritt des Generalobersten v. Seect aus seiner hohen Stellung veranlaßt und sich damit in den Bereich der Zeitgeschichte verfehlt. In dessen Fall, in Abereinstimmung mit dem Vorderrichter, das Kammergericht dem Antrag des Privatklägers Folge gegeben. Es würde allen Verurteilten widersprechen, so äußerte sich das Gericht, wenn man annehmen wollte, daß die Ausnahmevorschrift des Kunstschutzes eine Person, die durch ein ihr vielleicht sehr unerwünschtes Ereignis einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat, für das ganze Leben eines so wichtigen Privatrechtes, wie es das Recht am eignen Bild ist, hätte berauben wollen. Allerdings hat in neuester Zeit die Tagespresse nach amerikanischen Mustern immer mehr die Gewissenhaftigkeit angenommen, auch über unliebsame Ereignisse, wie Verbrechen, Unglücksfälle, Gerichtsverhandlungen, eingehende Berichte zu bringen und die daran beteiligten Personen bildlich darzustellen. Diese in Unterhaltungs- und Sensationsbedürfnis wurzelnde Gepflogenheit kann aber nicht dazu führen, den Begriff der Zeitgeschichte auf Kosten des Schutzes der Persönlichkeit auszudehnen. Was den vorliegenden Fall betrifft, so mag es dahingestellt bleiben, ob möglicherweise der Privatkläger — solange in weiteren Volkskreisen mit der Mäßigkeit einer Wiederherstellung des Königtums in Preußen und mit der Rückkehr der Hohenzollern auf den Thron gerechnet wurde — der Zeitgeschichte angehöre. Zur Zeit des Erscheinens des fraglichen Buches waren indessen infolge der inzwischen eingetretenen Befestigung der republikanischen Staatsform diese Möglichkeiten so entfernt geworden, daß von einer Zugehörigkeit des Privatklägers zur Zeitgeschichte nicht gesprochen werden konnte.

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie. Wie mit Sicherheit anzunehmen war, ist der am 7. März vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch zu den Forderungen der Werkzeugmacher, über dessen Inhalt wir in voriger Nummer berichteten, von den Arbeitern abgelehnt worden. Erneute Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonflikts, die am 9. März vor dem Groß-Berliner Schlichter stattfanden, sind ebenfalls gescheitert. Die Unternehmer erklärten sich zwar bereit, einen Tarifvertrag abzuschließen, auf einen solchen mit Mindestlöhnen für die Werkzeugmacher, aber ihr Angebot war nicht ernst gemeint. Auf die Frage, welche tariflichen Mindestlöhne von ihnen vorgeschlagen würden, nannten die Unternehmervertreter den Satz von 90 Pf. die Stunde. Die Arbeitervertreter blieben jedoch bei ihrer Forderung von 1,10 M. bis 1,50 M. Daraufhin lud der Schlichter die Parteien zum 10. März zu abermaligen Verhandlungen ein. Nach mehrtägigen Verhandlungen kam ein neuer Schiedsspruch zustande, der indessen gleichfalls abgelehnt wurde. Von den Unternehmern, weil ihnen der darin festgesetzte Mindestlohn zu hoch erschien, von der Vertretung der Arbeiter dagegen, weil er zu niedrig war und wegen der Unklarheit in der Auswertung für die Arbeiter, die bereits mehr als den zugestandenen Mindestlohn erhalten. Wie der „Vorwärts“ berichtet, hat nunmehr der Reichsarbeitsminister von sich aus die Parteien zum 12. März geladen, um noch einen Einigungsversuch zu machen und damit hoffentlich dem grauenhaften Spiel mit unzulänglichen Schiedssprüchen für die Werkzeugmacher ein Ende zu bereiten. Über den Ausgang der Verhandlungen war bis zum Abschluß dieser Nummer noch nichts bekannt.

500 000 Arbeitslose ohne Unterstützung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, die auf die Zustände in der Arbeitslosenfürsorge aufmerksam macht. Von den zurzeit vorhandenen 2 012 212 Arbeitslosen erhalten 486 552 Personen, also rund eine halbe Million, weder eine Arbeitslosen- noch eine Arbeitsunterstützung. Zweifellos werden unter diesen nicht unterstützten Arbeitslosen eine große Zahl sein, denen es sehr dreht geht. Von den zurzeit vorhandenen Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenfürsorge werden in nächster Zeit eine große Anzahl ausgetreten, so daß die Zahl derjenigen Personen, die ohne Unterstützung leben muß, immer größer wird. Der Reichstag darf nicht aus einandergehen, ohne dieses dringende Problem der Arbeitslosenfürsorge gelöst zu haben. Wenn man für alle möglichen Berufstätigen Notprogramme aufstellt, dann ist ein Notprogramm für die Arbeitslosen dringender als alle andern.

Aufruf an alle Gewerkschaftsmitglieder. Vom Verband der Lunanen und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands, e. V. (Sitz Berlin), ging uns folgender Aufruf zur Veröffentlichung zu: „Kolleginnen und Kollegen! Eine der gefährlichsten Volksseuchen ist die Tuberkulose, von der ihr täglich bedroht seid. Darum heißt die vom Verband der Lunanen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands aufgestellten Forderungen an Staat und Kommunen zu verwirklichen. Unser Organisation kann jeder beitragen, dem es ernst ist, am Kampf gegen die Volksseuche teilzunehmen. Der Verband hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch Wort und Schrift in enger Fühlungnahme mit den Gesundheitsämtern, Wohlfahrts- und Wohnungsämtern, Lungenfürsorgestellen und Gemeindeführern über die Tuberkulose Aufklärung zu schaffen. Ferner gewährt der Verband seinen Mitgliedern Rat und Auskunft in allen Berufs-, Fürsorge- und Versorgungsangelegenheiten sowie Rentenansprüche an die verschiedenen Versicherersträger. Alle Arbeiten werden vom gesamten Vorstand ehrenamtlich ausgeführt. Viele Sorgen gemeinsamer Natur sind es, die uns brücken, also, Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern, Heil- und Heimstätten, aber wo ihr euch sonst befinden mögt, tretet sofort mit uns in Verbindung. Weiter richten wir unsern Aufruf an alle diejenigen, welche sich in einzelnen Orten und Städten bereits zu Vereinen zusammengeschlossen haben. Wir müßen uns zu einem großen Ganzen zusammenschließen. So, wie unsere Krankheit etwas für uns Gemeinsames ist, muß die Abwehr dieser unsre gemeinsame Sache sein. Seht euch mit uns in

Verbindung. Alle Anfragen (welche Rückporto beizufügen ist) sind an den Vorsitzenden des Verbandes, Reichhold Goffow, Berlin N 65, Trausovaalstraße 21, vorn III, oder an die Geschäftsstelle, Berlin N 20, Schönleider Str. 1, vorn I, Zimmer 121, zu richten. Derselbst wird jeden Dienstag und Freitag, abends von 4 bis 8 Uhr, Auskunft und Beratung erteilt.“

Welche Lohn- und Gehaltssummen sind pfändbar? Wie aus einer Bekanntmachung im „Reichsgesetzblatt“ hervorgeht, hat die Verordnung über Lohn- und Gehaltspfändungen eine Änderung erfahren. Die Pfändungsgrenze für Arbeits- und Dienstlohn ist ab 1. April 1928, wo das neue Gesetz in Kraft tritt, wie folgt festgesetzt: Arbeits- und Dienstlohn ist bei monatlicher Auszahlung bis zur Summe von monatlich 195 M., bei wöchentlich Auszahlung bis zur Summe von monatlich 45 M., bei täglicher Auszahlung bis zur Summe von 7,50 M. der Pfändung nicht unterworfen. Darüber hinausgehende Lohnentkommen können bis zu zwei Dritteln gepfändet werden, während ein Drittel des Mehrertrages nicht pfändbar ist. Die Lohn- und Gehaltsempfänger tun gut, sich diese Änderung der Verordnung über Lohnpfändung genau zu merken.

Patentwesen

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber Hamburg, Hoffmannstr. 8, welcher den Lesern unseres Blattes Rat und Hilfe in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Vertretung von Schutztiteln bereitwillig erteilt.

- Eintragsfrist für die Patentanmeldungen 16. April 1928**
- Patentanmeldungen** (veröffentlicht in „Patentblatt“ vom 16. Februar 1928):
- Nr. 154 97 415 Verahrenslehre Segmaschneidfabrik G. m. b. H., Berlin N 4, Chausseestraße 25. „Gleisform für Maschinen- und Schneidmaschinen zum Gleiten von Aufrollvorrichtungen und Rollen versehenen Rollen großer Größe“.
 - Nr. 154 97 416 Berliner Galvanoplastische Anstalt G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. „Verfahren zur Herstellung von Platten aus Platin für Notationsdruck“.
 - Nr. 154 97 417 Berliner Galvanoplastische Anstalt G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. „Verfahren zur Herstellung von Platten aus Platin für Notationsdruck“.
 - Nr. 154 466 922 Joseph Herber, Altrathenau, Oberbühnenstraße 5. „Vorrichtung zum raschen Auswechseln von hochelastischen Papierrollen an Notationsmaschinen“.
 - Nr. 154 466 923 Herber, Joseph, Altrathenau, Oberbühnenstraße 5. „Vorrichtung zum raschen Auswechseln von hochelastischen Papierrollen an Notationsmaschinen“.
- Patenterteilungen:**
- Nr. 154 1 020 390 Firma C. H. Mansfeld, Veltzow-Faunsdorf, Lindenstraße 25. „Steindruckverfahren“.
 - Nr. 154 1 020 391 Albert Neumann, Köpenick, Berlin, Dresden. „Verfahren zur Herstellung von Platten aus Platin für Notationsdruck“.
 - Nr. 154 1 020 392 Gesellschaft für Patentwesen (vorm. G. & C. Dietrich) Nr. 10, Altona 1, B. „Verfahren für Notationsdruckmaschinen aller Art“.

Literarisches

„Die Monotype.“ Technisches Hilfsbuch für Monotypsetzer und -leger. Herausgegeben von der Zentralkommission der Monotypsetzer Deutschlands (M. D. Z.). 188 Seiten. Verlag des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis 1,50 M. Das Buch enthält die wichtigsten Vorschriften für die Monotypsetzer und -leger, die in der Praxis der Monotypsetzer und -leger Anwendung finden. Es enthält die wichtigsten Vorschriften für die Monotypsetzer und -leger, die in der Praxis der Monotypsetzer und -leger Anwendung finden. Es enthält die wichtigsten Vorschriften für die Monotypsetzer und -leger, die in der Praxis der Monotypsetzer und -leger Anwendung finden.

„Die Monotype-Post.“ Herausgegeben von der Monotypsetzer-Zentralkommission. G. m. b. H., Berlin N 4, Chausseestraße 25. Die Ausgabe dieses neuen, im Fachschriftenverlag regelmäßig erscheinenden Organs soll in erster Linie darin bestehen, die Verbindung zwischen der genannten Monotypsetzer-Zentralkommission und ihren Mitgliedern sowie den Monotypsetzern zu fördern und zu erleichtern. In der Ausgabe dieses neuen, im Fachschriftenverlag regelmäßig erscheinenden Organs soll in erster Linie darin bestehen, die Verbindung zwischen der genannten Monotypsetzer-Zentralkommission und ihren Mitgliedern sowie den Monotypsetzern zu fördern und zu erleichtern.

„Monotypische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker. Sitz Berlin, N 4, Chausseestraße 25. Preis 3 M. Jahrgang 1928. Derzeitiger Preis 1,50 M. Die Mitteilungen des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker sind eine wichtige Quelle für die Monotypsetzer und -leger. Sie enthalten die neuesten Nachrichten über die Monotypsetzerei und die Monotypsetzer-Zentralkommission. Die Mitteilungen des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker sind eine wichtige Quelle für die Monotypsetzer und -leger.

Grust Brezanga redigiert wird; werden, wie immer, bestehende Anträge und künftige literarische Beiträge gelehrt.

„Der Kampf in der Berliner Metallindustrie.“ Zeitschrift für die Arbeiter der Berliner Metallindustrie. Herausgegeben von der Berliner Metallarbeiter-Zentralorganisation. Preis 1,50 M. Die Zeitschrift berichtet über die Kämpfe der Berliner Metallarbeiter gegen die Unternehmern. Sie enthält die neuesten Nachrichten über die Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Unternehmern. Die Zeitschrift berichtet über die Kämpfe der Berliner Metallarbeiter gegen die Unternehmern.

„Die Monotypische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker. Sitz Berlin, N 4, Chausseestraße 25. Preis 3 M. Jahrgang 1928. Derzeitiger Preis 1,50 M. Die Mitteilungen des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker sind eine wichtige Quelle für die Monotypsetzer und -leger.

„Die Monotypische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker. Sitz Berlin, N 4, Chausseestraße 25. Preis 3 M. Jahrgang 1928. Derzeitiger Preis 1,50 M. Die Mitteilungen des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker sind eine wichtige Quelle für die Monotypsetzer und -leger.

„Die Monotypische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker. Sitz Berlin, N 4, Chausseestraße 25. Preis 3 M. Jahrgang 1928. Derzeitiger Preis 1,50 M. Die Mitteilungen des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker sind eine wichtige Quelle für die Monotypsetzer und -leger.

„Die Monotypische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker. Sitz Berlin, N 4, Chausseestraße 25. Preis 3 M. Jahrgang 1928. Derzeitiger Preis 1,50 M. Die Mitteilungen des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker sind eine wichtige Quelle für die Monotypsetzer und -leger.

„Die Monotypische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker. Sitz Berlin, N 4, Chausseestraße 25. Preis 3 M. Jahrgang 1928. Derzeitiger Preis 1,50 M. Die Mitteilungen des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker sind eine wichtige Quelle für die Monotypsetzer und -leger.

„Die Monotypische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker. Sitz Berlin, N 4, Chausseestraße 25. Preis 3 M. Jahrgang 1928. Derzeitiger Preis 1,50 M. Die Mitteilungen des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker sind eine wichtige Quelle für die Monotypsetzer und -leger.

„Die Monotypische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker. Sitz Berlin, N 4, Chausseestraße 25. Preis 3 M. Jahrgang 1928. Derzeitiger Preis 1,50 M. Die Mitteilungen des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker sind eine wichtige Quelle für die Monotypsetzer und -leger.

„Die Monotypische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker. Sitz Berlin, N 4, Chausseestraße 25. Preis 3 M. Jahrgang 1928. Derzeitiger Preis 1,50 M. Die Mitteilungen des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker sind eine wichtige Quelle für die Monotypsetzer und -leger.

„Die Monotypische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker. Sitz Berlin, N 4, Chausseestraße 25. Preis 3 M. Jahrgang 1928. Derzeitiger Preis 1,50 M. Die Mitteilungen des Monotypverbandes der Deutschen Buchdrucker sind eine wichtige Quelle für die Monotypsetzer und -leger.

Briefkasten

D. J. in S.: Kartellangelegenheit nun erledigt. Druckerische am 3. März dort abgehandelt. ...

Penfel, dem Urheber des Seidberger Glasaß ein Bild zu erhalten, ist bisher nicht gelungen. ...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreifundstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Nr. 1101, 3141 bis 3143. ...

Herausgabe eines neuen Adressenverzeichnisses. Anfangs April soll das Adressenverzeichnis der Gewerkschaften und -kassierer, der Vertrauensmänner, ...

Beiträge zur Unterstufungsvereinigung. Die Kassaführer werden ersucht, die Beiträge zur Unterstufungsvereinigung für das 1. Vierteljahr 1928 umgehend einzusenden. ...

Formal. Barzahlung. Die Herren Funktionäre werden ersucht, dem Seber Karl Schubert, ab in Koblentz 1008, ausgeben, im Kalenderjahr 1928, gegenüber größte Vorleistung zu leisten. ...

Adressenveränderungen. Pannwitz, Vorhändler: Rosenh. Hugo v. Ruodol. 118; Kallierer: S. v. d. ...

Reise- und Arbeitslohnunterstützung. Dem Kollegen Gans Suttamer (Eaufbuchnummer 0632), geb. Magdeburg am 23. Juli 1904, ist an Stelle seines abhanden gekommenen Verbandsbuches ein neues Verbandsbuch ...

Veranstaltungskalender. Annaberg-Prüfungs. Versammlung am Sonnabend, dem 17. März, abends 8 Uhr, im 'Vollstaus'. ...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltete Millimeterhöhe für Stellensuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilige nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den 'Korrespondent' möglichst nur durch Einzahlung auf das Postkontokonto Berlin NW Nr. 26810

Dresdner Buchdruckerverein

Mittwoch, den 14. März, abends 6 1/2 Uhr, in den 'Blumenläden', Blumenstraße 48:

Mitgliedschaftsversammlung

Tagesordnung: Berichterstattung über die Lohnverhandlungen. Referent: Gewerkschaftler Albin Freitag

Die Dresdner Kollegen werden um pünktliches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand

Altzidenzseher. In der Sach- und geistlicherem Entwurf herausgegebenes Leitfaden für die Dauerstellung gesucht. ...

Wir suchen für länger dauernde Beschäftigung einen zuverlässigen und durchaus ...

erfahrenen Monotypseher mit guten Maschinenkenntnissen. Meldungen mit Lohnansprüchen u. Altersangabe, ferner Nachweis der bisherigen Tätigkeit an Pflanzsche Hochdruckerei Stephan Geibel & Co., ...

Suchen in Dauerstellung tüchtigen, unversehrten Monotypseher für Altzidenz- und Werpapierdruck an Schnellpresse und Ziegel. ...

Maschinenmeister. guter Illustrationsdrucker, mit 'Unioferal'- oder 'Simplex'-Apparat vertraut, in Dauerstellung gesucht. ...

Tüchtiger, jüngerer Maschinenmeister guter Maschinenkenntnis und -pflege, sofort eventuell später in Dauerstellung gesucht. ...

Jüngerer, tüchtiger Handseher für Altzidenz- und Zeitungssatz sofort gesucht. ...

Monotypseher. (Modell D) ledig, für sofort für mittelständlichen Verlag in Dauerstellung gesucht. ...

Seherstereotypseher nur erste Kraft, für Seherstereotyp, perfekt im Latentechniken, Plattenkorrekturen, Einlegen von Galvanos usw., sucht zum sofortigen Eintritt Buchdruckerei Berlin, Postamt 11 35, Postf. 6. ...

Vertreter gesucht für den Verkauf von Werkzeugen für Seher und Drucker. K. E. Sieg, München 9, Kolmbuschstraße 1.

Altzidenzseher. tüchtige Kraft, welcher auch Revolvertypen kann oder zuversichtlich ist im modernen Revolvertypen und in der Tagesstellung, in Dauerstellung gesucht. ...

Seherstereotypseher. tüchtige Kraft, welcher auch Revolvertypen kann oder zuversichtlich ist im modernen Revolvertypen und in der Tagesstellung, in Dauerstellung gesucht. ...

Druckerei-Gesellschaft Hartung & Co. m. b. H., Hamburg 25.

Die graphische Lupe. humorvollste, sachliche Zeitschrift für graphische Untergenossen, erscheint monatlich einmal. Preis 15 Pf. pro Nummer. ...

Winkelhaken. von 3 W. an liefert K. E. Sieg, München 9, Kolmbuschstraße 1.

Bostonpressen neu und gebraucht Schnellpressen verkauft günstig, Franz Mühlh. Stuttgart, Charlottenstr. 3. [441]

Nach Köln! Wer genährt jungem Kollegen vom 25. bis 31. Juli ('Vesta') Quartier gegen Vergütung? ...

Bostonpresse. Tegel, Schnellpressen, Anrichtungen von Druckereien. Karl Egel, München 4, Kolmbuschstraße 1.

MUSIK Instrumente. Im Orchester Schule und Haus. Teilzahlungen werden gestattet. Verlangen Sie Katalog MAX DUFEL Klingenthal in Sachsen. Nr. 304

150 BLEICHMITTEL-MOTIVE für alle praktischen Färbereibetriebe. Preis 50 Pf.

Schriften-Einrichtungen. für Material, Format, u. Unterlage liefert Karl Egel, München 9, Kolmbuschstraße 1.

Geschiffe Winkelhaken, Plättchen, Schließzeuge, Auslöschvorrichtung, Maschinenbänder, Anlegematten liefert Karl Egel, München 9, Kolmbuschstraße 1.

Winkelhaken. An den Folgen eines Schlaganfalls verlor am 7. März im Alter von 60 Jahren unser Kollege, der Schriftschneider [423] Herr ...

Mag Ludwig. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Das Personal der Schriftgießerei 5, Bertholdstr. 6, Berlin.

Mag Ludwig. Am 7. März verstarb infolge Schlaganfalls unser Kollege, der Schriftschneider [430] Herr ...

Mag Ludwig. Im Alter von 60 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Schriftschneidervereinigung Berlin.

Mag Ludwig. Am 7. März verstarb unser Kollege, der Sehermeister [435] Herr ...

Mag Ludwig. Am 7. März verstarb unser Kollege, der Sehermeister [435] Herr ...

Mag Ludwig. Am 7. März verstarb unser Kollege, der Sehermeister [435] Herr ...

Mag Ludwig. Am 7. März verstarb unser Kollege, der Sehermeister [435] Herr ...

Mag Ludwig. Am 7. März verstarb unser Kollege, der Sehermeister [435] Herr ...

Mag Ludwig. Am 7. März verstarb unser Kollege, der Sehermeister [435] Herr ...

Mag Ludwig. Am 7. März verstarb unser Kollege, der Sehermeister [435] Herr ...

Mag Ludwig. Am 7. März verstarb unser Kollege, der Sehermeister [435] Herr ...

Mag Ludwig. Am 7. März verstarb unser Kollege, der Sehermeister [435] Herr ...

Wilhelm Busch Sesammelte Werke. 2 Bände in Großformat. 998 Seiten mit 581 Bildern. In halbleinen gebunden zum Preise von 18 Mark.

Buchhandlung Karl Bloch, Berlin SW 68, Kottbuscher Str. 9, Postfach 10149

Verein Berliner Drucker VBD Achtung! Die nächste Vereinsversammlung findet am dritten Donnerstags des Monats, sondern am Donnerstag, dem 22. März abends 7 Uhr, im 'Berliner Klubhaus', Dönhofsstr. 2, statt.

Verein Leipziger Drucker Freitag, den 16. März, abends 7 Uhr, im 'Volkshaus', Seiber Straße (Café Mitte und rechts): Druckerversammlung

Verlag: Trenhanndverwaltg des Verbands der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreifundstraße 5 + Verantw. d. d. g. f. für den 'Korrespondent': Berlin, Amt Bergmann 3191, 3141-3145 + Druck: Buchdruckerei, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreifundstraße 5